

Ersteinst täglich
nachmitt. mit Anzeigen
des Tages und Festtagen.

Abonnementpreis
monatlich 1.00 M.
vierteljährlich 3.00 M.
jährlicher 10.00 M.
Vorschau des Monats
1.00 M. zuz. Postgeb.

„Die Neue Welt“
(Wochenblatt) enthält
durch die Post nicht be-
zogen, kostet monatlich 10 Pf.
vierteljährlich 30 Pf.

Verleger: Dr. 1047.
Verlagsamt: Halle a. S.
Verkaufsstelle: Halle a. S.

Die Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

Inserionsgebühren
Besteht für die Spaltenbreite
von 10 bis 12 Zeilen. Die
Partei- u. Gewerkschafts-
Anzeigen-Aufträge 10 Pf.
zu rechnerischen Satz
unter die Seite 76 Pfennig

Inserate
für die halbe Spalte
müssen spätestens am
Vormittag des Tages
eingeliefert und
abgegeben sein.

Einsparungen in die
Postkassens-
Kasse
unter Nr. 7508

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Naumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geisstr. 21, Box 2 Cr

Expedition: Geisstr. 21, Box

Aus dem russischen Hungergebiet.

Wp. Die Bauern Sibiriens rekolonisierten. Sie hungerten den Winter durch. Sie verkauften ihr Vieh, verrieten alles, was sie hatten. Viele starben. Andere wurden krank und fielen. Sie sahen ihre Kinder dahinsinken: erst die Säuglinge, die nicht genug Muttermilch fanden und sich nicht von Brot aus Unkraut und Schmutz ernähren konnten; dann die älteren Kinder. Das alles ertrugen sie geduldig, ergeben ihrem Schicksal, vertrauensvoll auf Gott und den Haren. Als aber der Frühling kam, mit ihm die Notwendigkeit, die Felder zu bestellen, und die Bauern ihre letzte Hoffnung schwinden sahen, da sie keine Aussicht mehr befruchteten, als sie sahen, daß ihnen der einzige Ausweg aus dem Elend verweigert ist, daß sie umsonst gebungert, da sie mit verkrüppelten Armen einer neuen Hungersnot entgegenzusehen müssen, so wurden sie rebellisch. Das war keine Einmündung mehr, keine Strafe Gottes, nicht die sendenden Strahlen der Sonne, nicht Dürre und Missetaten, im Gegenteil, die Erde überquoll von Säften, überall sproß neues Grün hervor, nur das Feld des Bauern blieb öde und unfruchtbar, weil das feindtragende Korn fehlte, aus dem die Ernte entsprössen konnte. Wohl war Korn in Mengen vorhanden, aber in den Händen der Guts-herren. Wollte man die Frucht aus den Händen auf die Felder holen, so war die Ernte gefährdet. Sollte es anders werden, so war es offenbar nicht mehr eine Schuld der Natur sondern eine Schuld der Menschen. Es war offenbar in den sozialen Zuständen etwas unrichtig. Und die Bauern beschloßen, es so zu machen, wie die Gerechtigkeit verlangte.

Sie gingen zu den Gutsbesitzern und holten sich das Getreide, das sie zur Aussaat brauchten. Kein Korn mehr und kein Korn weniger. Für sich selbst nicht, doch das, was nötig war, um die Ernte zu sichern. Das war nicht als Raub gemeint, es sollte dem Gutsbesitzer nicht verloren gehen: die Ernte würde ja die Aussaat in einem vielfachen Betrage einbringen: da konnte der Gutsbesitzer seine Zeit zurückzahlen, auch mit Zinsen, wie er sich gehört. So dachte die Bauern. Die zarische Regierung aber unternahm ihnen mit Hilfe des feindlichen Vermögens das kapitalistische Privatigentumsdogma beizubringen. Ob die Bauern es begriffen haben, weiß man nicht; sie scheinen aber in der Wahl zwischen dem Hunger und dem Tod durch eine Gemeinheitsliebe für das letztere entschlossen zu haben, denn die Gegend bleibt noch immer militärisch gepörrt, von einer richtigen Invasionsarmee belagert. Diese sibirischen Bauern sind von einem ganz anderen Schlage. Sie bildeten jahrhundertlang eine selbständige Republik und kamen erst im 17. Jahrhundert unter die moskowitzische Fuchtel. Auch seitdem gehöhen sie mehr Freiheit und weniger Elend, als ihre großrussischen Landsleute. Die Misere tritt auch hier periodisch auf, doch an eine chronische Hungersnot haben sich die Bauern noch nicht gewöhnen können. Sie sind feierlich und gelöst noch nicht so weit herant, um jeden Kampf um die Freiheit anzugehen. Sie sind noch lebend genug, um gegen den schleichenden Tod zu kämpfen. Kurz, sie vermögen noch, sich aufzuheben.

Das ist bei den Bauern des großen Wolgaregels anders. Dort herrscht vollständige Anarchie, Energielosigkeit. Gehehe,

was geschieht, der Bauer rührt sich nicht. Der Acker bleibt unbestellt, der Bauer schlendert hilflos und interesselos in Folge herum — soweit ihn nicht Exorbit und Anbus auf Krankenlager gemorren haben. Keine Hoffnung mehr — er weiß, daß, wenn auch diesmal die Ernte gut ausfallen sollte, so reicht das nicht mehr, um seine Notlage herzustellen, und in nächsten Jahr ihn eine oder zwei schlimmere Hungersnot erwartet.

Im Wolgaregel herrschen jetzt schreckliche Zustände, viel schlimmer als in Sibirien, aber die Bevölkerung rührt sich nicht. Darum läßt sich hier auch die Hungersnot totschweigen. Die Regierung hat die Dörfer von jedem Verkehr abgesperrt, wie eine verurteilte Gegend. Man schreibt uns darüber aus dem sibirischen Hungergebiet:

„Laut ministerieller Verfügung muß jetzt jede Person, die in die hungernden Dörfer reisen will, sich erst vom Gouverneur eine Erlaubnis erbiten; vor dann die Hungernden unterstützen will, muß sich erst Anweisungen vom Vorsteher des Notens Kreises holen und nur jene unterstützen, auf die ihn dieser hinweist. Das stand in der öffentlichen Verfügung, die verschiedenen Anordnungen an die Gouverneure mußten aber viel freier gelaunt haben, denn es giebt ja schon de facto gar keine Möglichkeit mehr, aus Land zu den hungernden Bauern zu bringen. Gleichzeitig wurde der Zensur freierer Befehl erteilt, aus den Zeitungen, Zeitdrucken und Broschüren alles auszuwerfen, was eine richtige Vorstellung von dem Umfang der Hungersnot und den Epidemien in den von der Hungersnot betroffenen Dörfern geben könnte. So hat bis Ende Januar die Zensur in A. (wir lassen aus begründeten Gründen die genaue Bezeichnung der Dörfer weg) in den Zeitungen auf das verächtlichste alles ausgeübt, was sich auf die Misere und die Lage der hungernden Bevölkerung bezog. Nur als die Hungersnot bereits gemalte Dimensionen annahm, ließ die Zensur allgemein gehaltene Mitteilungen zu, trug aber beständig alle Zahlenangaben wie überhaupt alles statistische Material.“

„Aber die öffentliche Kenntnisnahme der Zustände zu vermeiden, hat man also der privaten Volksfrömmigkeit jeden Zutritt zu den Notleidenden abgeschnitten. Wer helfen will, soll einfach seinen Geld- oder Naturalbeitrag dem offiziellen Notens Kreuz einreichen. Wie es aber von diesem Befehl ist, darüber berichtet unser Gewährsmann:

„Wegen der gentaligen Unpopulärkeit des Notens Kreuz im Publikum, das behauptet, daß die Beamten des Notens Kreuz auf jeden Rubel, den sie den Notleidenden abziehen, selbst zehn Rubel verbrauchen und vergeuden, laufen beim Notens Kreuz sehr wenig Beiträge ein; vom Herbst bis zum Monat März wurden im ganzen Kreis bloß 14 000 Rubel gesammelt (1899 sammelte allein der private „Zirkel“ in Samara über 200 000 Rubel). Das ist nun offenbar der reine Vellempennig; es entfallen also auf den Notleidenden wenige Kopfen. So hat denn das Notens Kreuz konstant geklagert müssen. Im Gouvernements Rat hat der Vorsteher des Notens Kreuz wegen unvollständiger Erbringung der Mittel die Unterfunktionsstelle eingestellt und an die Regierung das Gesuch gerichtet, die Unterstützung der Notleidenden sowie den Kampf mit den durch die Hungersnot hervorgerufenen Epidemien wieder den Gemeinwesen zu übertragen. Die Regierung beabsichtigt erst,

die Notleidenden durch Veranstaltung von öffentlichen Arbeiten zu unterstützen, aber Dank dem komplizierten bürokratischen Apparat zog sich die Sache bis in den späten Winter hin, so daß man die Arbeiten in Angriff nahm, als sie nach den klimatischen Verhältnissen gar nicht mehr auszuführen waren. Welche Arbeiten im Walde sind denn möglich, wenn dort der Schnee bereits 3-4 Meter hoch liegt? Welche Erdarbeiten sind bei einer solchen Schneehöhe möglich? Geheime schon, daß die Arbeiten von vorneherein in einem, im Verhältnis zum Bedarf, lächerlich winzigen Umfang geplant wurden. 20. Dezember werden die Arbeiten misralbe angelegt. Im Januar 2. D. wurden Mitte Februar Arbeiter an der Holzgasse geschickt. Man brachte etwa 1500 Arbeiter zusammen. Aber obwohl die Arbeiter bei Frost und Nordwind im Wasser zu verdröhten waren, war für ärztliche Hilfeleistung sehr wenig gesorgt; noch mehr, die Arbeiter erhielten nicht einmal warme Speise. Kein Wunder, daß es schon in der ersten Woche eine Menge Kranke unter den Arbeitern gab und daß nach zwei Wochen ein Drittel der Arbeiter wegen Krankheit entlassen werden mußte.“

„Unter Berücksichtigung, dessen Brief nur unter Umgehung der russischen Post und deshalb mit großer Verpörrung an uns gelangen konnte, teilt ferner mit, daß schon im Anfang März in den ihm bekannten Gegenden des Wolgaregels Tausende von Sterb- und Appostkranken sowie von sonstigen pestifiziösen Hungersnoterkrankungen erzählt wurden. Die Zahl vermehrte sich in einer jähen Weise. Das war ja auch 1899 und stets der Fall: wenn erst die Epidemie beginnt, so greift sie mit rasender Schnelligkeit um sich, weil überall um diese Zeit der höchste Grad der Erfröppung erreicht wird.“

„Nun haben sich jetzt die Verhältnisse sehr günstig gestaltet. Die Zeitungen berichten von prächtigen Ernteausbeuten. Aber wo die Felder nicht bestellt werden, da kann es auch keine Ernte geben. Die Aussichten sind gut — auf dem Felde des Gutsbesitzers. Wie es aber auf den Feldern der Bauern aussieht, das zeigt uns ja am besten der Umstand, daß vom frühen Frühling, der Zeit der Felderbestellung, an und bis auf den heutigen Tag, da man schon bald an die Ernte zu denken hat, das Bauerntum im Überfland sich in einem jähen Maße vermindert hat. Das Bauerntum in Überfland an das Strogenlager geküpfelt ist.“

„Es wird mit dem Bauerntum in Überfland reich aufgeräumt. Das ist seine Naturverheerung, es ist ein kapitalistisches Massen- und Hungersnoterprobier. Der Getreidemarkt und die Geldbesitzer haben dem Bauern seine Vorräte geraubt, ihn in Schuldschuldigkeit versetzt, seine lebendige und totes Inventar unter den Hammer gebracht, seine körperliche Kraft und seinen geistigen Widerstand gebrochen. Jetzt muß er den Boden räumen. Er muß weg, oder willig in den Hungertod gehen — oder er kriegt eine Mitleidensugel in den Rücken! Es wird da vor uneren Augen auf den weiten Ebenen Überflands in einer Weise durch ökonomische Wirksamkeit und politische Brutalität der Bauern verheert, den Bauern der Arbeiter zu setzen. Das ist in nichts hinter der brutalen Erprobungsart des europäischen Kapitalis zurückgefallen. Und angeht dieser Zustand, sucht man uns klar zu machen, daß es heutzutage unter der Herrschaft des Kapitalis keine „Verelendung“ mehr gebe und das Bauerntum gefährlicher sei denn je!“

85) (Nachdr. verb.)

Am die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg 1525 von Robert Schmeichel.

„Nein! Nein! Nein!“ rief die Menge und die Hauptleute und Mite Himmten lief alle ein. Von der Tür her schmeterte es hell wie eine Trompete.

„Das Mattenei muß gerissen und geschmettert werden.“ Hans Berner stand dort. „Wir sind 20 000 und ihrer kaum 200, darunter gar viele Kutter.“

Schwärze von Schornburg stieß sein Schwert heftig gegen die Fußboden und rief, der mordende Geheide des Aders nicht achtend, mit zornig rotem Gesicht: „Verdacht! Ihr sollt willkommen sein!“

Kaplan von Reinfenstein setzte hinzu: „Wir haben Pulver und Steine genug, um eure 20 000 Mann in die Luft zu blasen. Ungewöhnlich lind schneidet der Deckmantel von jungen Eßeln in die Höhe und hat: Gehörtes Gurren nur zu gerechten Entfaltung, alle Herren! Wir fordern Worten löstet man seinen Brand. Bedenket, daß wir Voten des Friedens sind!“

Aber Gurr Köpfen sieht auf den Fürsten, entgegnete Florian Geyer. „Ihr banet auf Gurd. Die Fürsten können nicht zusammen kommen, sie sind im Zwang. Ihre Zeit ist um, und sie können wider die Bauern nichts vornehmen.“

Hier ergriß der Pfarrer Bernhard Vubelen ein Blatt, über das seine Feder trocken gelassen war, und sprach und las: „Vernehmet den Antrag derer von der Tauber: Der Frauenberg mit allen noch übrigen Schloßern des Reichs und allem Gehörs und allen Herrschaften wird an das ewiggedächte Beer übergeben. Den Geistlichen zusammen wird eine genügende Schenkung gezahlt, der Bekämpfung Leib und Gut und freier Abzug gewährt. Bei der Stadt Würzburg der Umhacht und des Ehris Gefallen soll es stehen, den Frauenberg ungedrohen zu lassen oder nicht.“

Einmütiger Beifall ertönte und erlöste allen Widerstand, auch derjenigen, welche die Beförderung des Schloßes verlangten. Die Hauptleute von Ereglingen, Weiskirchen, Landa, Königs-

hofen schlugen an ihre Wehren. Obß von Verhörungen trodnete sich die lahle heiliggeborene Stirn und Balthasar Würzberger, der staltliche Weiskirchner und Wirt zu der Schönen vier mit dröhnender Stimme aus der Menge: „Das war ein Manneswort! Würzburg muß wieder freie Weiskirchner werden.“

„Ja das war ein Wort, wie ein Schlag auf den Kopf des Nagels,“ sagte Jakob Köhl. „Bei meiner Meinung ist, ich meine, vor dem Vubelenleben Vermer Vorschlag zustimmt, der erbe eine Hand.“

Da freudete sich die Hände nicht nur der Hauptleute und Bauernführer, sondern auch der Jüngeren in die Höhe. „Es ist ein Wehr!“ verurteilte Köhl.

„Das gilt nicht,“ rief Berner und verurteilte zum Tisch vordringen. „Die Zwingburg muß gebrochen werden.“

„Ja,“ riefen ihm die Würzburger zu, die Zaubertaler riefen: „Hierin lieh heilig angeinander. Obß überhäufte den obersten Hauptmann mit Formieren, daß er die Verarmelten überumpelt habe. Der Pfarrer Denner wollte Ruhe stiften, aber seine Stimme verhalte in dem Kärm, der die Gesandten nicht abener machte. Obß, Meiler und die Mite der Dennerwälder gingen zumutig davon. Jetzt heidete Jakob Köhl mit seiner Steintrommel Ruhe und ließ dazu mit der Faust freudend auf den Tisch. „Ihr habet hier gar nie zu reden,“ fuhr er Hans Berner an. „Und wer jetzt noch sein verplühtes Maul aufstut, den schmeiß ich zum Fenster raus. Vöret die Voren!“

„Roma locuta, causa finita,“ sagte der Dechant sarkastisch. „Das heißt zu deutsch: Ihr habet gesprochen und wir haben eure Meinung vernommen, das ist das End. Den Marienberg auf eure Bedingungen zu übergeben, dazu haben wir nicht Vollmacht. Wir werden darüber berichten.“

Damit bereitete er sich und verließ unter allgemeinem Schweigen mit seinen Begleitern die Kapitelsbube. Sie waren froh, wieder den freien Himmel über sich zu haben.

„Ihr Herren,“ fragte der Dechant leise die beiden Edelsteine, als sie im Geleite Berners heimtritten, „habet ihr bemerkt, was der Obß und der von Geyersberg zu einander haben? Sie werden den Grund noch haben, laßt mich sehen, ob wir ihn nicht in der Witte durchschneiden können.“

Unterdessen entleerte sich die Kapitelsbube allmählich. Balthasar Würzberger, Hans Keminger und andere Bürger der Stadt

umringten den Pfarrer Vubelen aus Mergentheim und Jakob Köhl und sprachen recht mit ihnen: Florian Geyer trat dazu. „Der lange Vubentrat wird aufsteigend seine Glieder,“ rief er, „fragte er den Brettheimer,“ weist Zu freudig ein gut Trübsinn? Das einen Durst, als ob mich der Dampff ein gut glühende Hülle geteget hat.“

„Der Pfat an Mühlthor hat ein gut Gemächts,“ erwiderte Leonhard Meiler und schickte sich zum Gehen an. „Der wollen wir in den Grünen Baum? Kommt dort Deinen Söllern bald mit Wasserwein aussetzen, und folget mir. Denn die Würzburger verheeren, den Schwärze der Keller zu legen. Valt Du von dem Stufenstein vernommen, daß sie dem Domstift ausgehelt haben? Was? Der Domdechant hat auch dabei mitgehelt. Nu, wie der Pfat, der seine Biarre in Rottendorf hat, eines Tags aus der Stadt heimkehrte, trifft er untern Weinweges Zehr etliche junge Burche, die dort ihren Spieß halten. Vernimmt der Pfarrer die Unwissenheit des europäischen Kapitals zurückgefallen. Und angeht dieser Zustand, sucht man uns klar zu machen, daß es heutzutage unter der Herrschaft des Kapitalis keine „Verelendung“ mehr gebe und das Bauerntum gefährlicher sei denn je!“

Zum Volkskrieg.

Wohlan hat die Tarifkommission die Positionen über die Tariffrage beendet. Nun eingetretten in die Kommission fünf Gewerkschaften, dann die AGG, die VWV und die VBB. Zur Beratung standen die 13 Anträge, die dem Tarif für den Textilgewerbe angeht und welche die Folge der Tarifänderung ist. Deshalb haben die Sozialdemokraten zu allen Anträgen Widerspruch eingebracht, die hauptsächlich sachverständiger Natur, eine Wiltierung im Zollverfahren, sowie Abschwicklungen der Hochschüler bezogen.

Die Mehrheit war für wohl klar über die Bedeutung der Anmerkungen in der Vorlage, aber sie war auf Grund irgend welcher vorhergehender Abmachungen nicht geneigt, eine notwendig erscheinende Wiltierung der Anmerkungen vorzunehmen. Daunter konstatierte diese unzureichende Bereitwilligkeit dieser Regierungsvorsicht im Zolltarif, die der Praxis ins Gesicht schlägt, zu folgen. Schmelz legte die Mehrheit alle Maßnahmen über sich ergehen und stimmte mit einem gewissen Trotz die sozialdemokratischen Anträge nieder. — Daunter zog schließlich, als ein Antrag nach dem anderen niedergelegt wurde, den Rest seiner Anträge zurück, indem er ausführte, er habe keine Lust, sie frangulieren zu lassen, er würde sie in der zweiten Sitzung wieder einbringen.

Nächste Sitzung am heutigen Dienstag.

Ein schnelles Ende, wie die Nationalist. Korrespondenz, die Tarifvorlage finden, wenn die zweite Sitzung in der Kommission nicht im großen und ganzen die Regierungsvorlage zur Annahme bringt. Wenn das „schnelle Ende“ nicht schon in der Kommission erfolge, so doch sicher im Plenum des Reichstags.

Hört, hört! Die Kreuztg. schreibt in ihrer Wochenübersicht folgendes:

Scheitert aber das Werk an der Abweisung, der Landwirtschaft in gleicher Weise wie der Industrie den zu ihrer Existenz notwendigen Subsistenz zu verweigern, so wird — das ist unsere feste Meinung — für die Konventionen Grund gegeben sein, auf die Rückkehr zum unangefangenen Freihandel hinzuwirken.

Da sind wir ja einig mit den Konventionen! Und was von der Sozialdemokratie liegt, soll hierüber gesprochen, den Konventionen diesen Weg zu erleichtern.

Tagesgeschichte.

Salle, 8. Juli.

Die Politik der Adelshilfe.

Um über die Wahl eines Stadtverordneten sich schlüssig zu machen, war auf den 11. Juni 1900 in Rußland bei Berlin eine Volksversammlung einberufen worden. Um 10 Uhr abends wurde die Versammlung jedoch, noch ehe der Verhandlungsgegenstand erledigt werden konnte, politisch aufgelöst. Als Grund für diese überraschende Maßregel gab der überwachende Beamte an, die Volkseigenschaft sei für das Verammlungslokal auf 10 Uhr selbsteig, infolgedessen dürfe er nach dieser Zeit niemand mehr im Saale dulden. Dem Hinweis des Vorliegenden, daß sich die Volksversammlung doch nur auf den Ausschluß geistiger Getränke beschränke, unmöglich aber zur Einschränkung des geistlich geleiteten Verammlungslokalen dienen könne, war erwidert, es blieb bei der Auflösung, indem sich vorn in der Gasse derselben Wirtschaft die Gäste unbehindert bis Mitternacht aufhalten durften.

Herr. Bald legte als Vorsitzender der Versammlung gegen diese, offenbar ungesetzliche Beschränkung der Versammlungs-freiheit vernehmliche Bedenken ein. Schließlich brachte er die Sache zur endgültigen Entscheidung nach das Dorerwaltungsgericht. Der erste Senat des Gerichts erkannte ebenfalls auf Ungunsten des Klägers, indem er — im Gegensatz zu einer früheren Entscheidung in ähnlicher Sache — die Klage kostenpflichtig abwies.

Es ist nun zwar durchaus nichts Neues, daß in Preußen, dem gelobten Lande der „vollendeten Rechtsgarantien“, der höchste Verwaltungsgerichtschoß in zwei gleich oder doch ähnlich liegenden Streitfällen zwei grundverschiedene Urteile abgibt. Mein diese Entscheidung hat noch eine andere Bedeutung. Mit ihr zeigt das Dorerwaltungsgericht der Polizei tatsächlich einen bequemen Weg, die Ausübung des Verammlungsrechts in sehr empfindlicher Weise zu beschränken. Da könnte z. B. einer besonders staatsverfeindlich veranlagten Volksversammlung einfallen, aus Gründen der öffentlichen Ordnung oder im Interesse der Staatssicherheit die Beteiligung von Verammlungs-lästen auf 9 oder gar 8 Uhr abends festzusetzen. Die unvermeidliche Folge davon wäre, daß die bis 7 Uhr in der Frikzeit oder auf anderen Arbeitsplätzen tätigen Arbeiter wegen der Kürze der bemessenen Frist des Abends überhaupt keine Versammlung mehr arrangieren könnten.

So verfährt man auf „ganz legale“ Weise den Arbeitern

ihre staatsbürgerlichen Rechte. Das ist das sogenannte Gebiende in dieser in ganz Deutschland von den Staatsverordneten gepflegten Maßnahmpolitik, daß sie sich mit dem Mantel des Rechts drapieren und so das Volk nicht nur materiell schädigt, sondern auch sein Rechtswertgefühl allmählich ganz und gar zerstören müß.

Die zufriedenen Vergleute.

Der Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung wird von einem ihrer Leser ein Schlußsatz über die „unzufriedenen Vergleute“ einer Klasse in Niederlohnarbeiten nach Angabe des Lehrers angefertigt worden und nicht nur charakteristisch für die Verlor der Eltern selbst, sondern auch für die Art, wie die Autorität des Lehrers in den Kindern durch die Schule untergraben wird und wie in die kleinen Kinderherzen durch läuterliche Verdröhung der Wirklichkeit der Reim für die schwersten seelischen Konflikte gelegt wird. Hier der Aufsatz, den Bergmanns Kinder, von denen sich manche bei den gegenwärtigen Wöhnen ihrer Väter nicht mehr fassen können, auf Geheiß ihres Lehrers anfertigen mußten:

Einleitung.

1. Der verächtliche Verdienst der Vergleute.
2. Die Nieder der Ungläubigen.
3. Die Verdöhung.
4. Die Folgen.
5. Das Eingehen des thörichtesten Handelns.

Einführung.

1. Die Vergleute einer Klasse gingen ihrer Arbeit regelmäßig nach. Sie wollten hohe Einnahme, so daß sie bei möglicher Lebensweise monatlich Geld zurücklegen konnten.
2. Über einige Unzufriedene waren unter ihnen. Diese sagten: Was sollen wir uns abmühen, daß die Herren Gewerke reich werden? Wir arbeiten nicht mehr, sie sollen merken, wie sehr sie uns hassen.
3. Viele andere hörten auf die loßen Reden und legten die Arbeit nieder. Wer noch arbeiten wollte, wurde bedroht, und bald kam feiner mehr zur Arbeit.
4. Nun wurden die Maschinen stillgelegt, und die Förderung hörte auf. Das Geld, welches die Vergleute noch von letzten Lohnzahltag hatten, war bald verzehrt. Es herrschte bald in den Arbeiterfamilien große Not. Frauen und Kinder schrien nach Brot.
5. Da sahen die Vergleute bald ein, wie thöricht sie gehandelt hatten. Sie gingen wieder zur Arbeit und nahmen die Arbeit wieder auf. Jetzt bedenkerten sie, mehrere Wochen keinen Verdienst gehabt zu haben. Sie erbitterten die Lehrer des Sprichwortes erkannt: „Nichte erndtet, Nichte verkehrt.“

Die kapitalistische Pädagogik muß in letzter Linie das Ansehen von Schule und Lehrer gänzlich zerstören; denn die Kinder gelangen zu der Überzeugung, daß ihnen vom Lehrer Lügen gelehrt worden sind.

Die teuren Tagelöhner.

Aus Düsseldorf wird geschrieben: „Wie wenig die Militärverwaltung bisher dem Plane einer Verlegung des 11. Infanterie-Regiments nach anderswärts näher getreten ist, geht zur Genüge aus dem Umstände hervor, daß sie sich bis in die jüngste Zeit aus dem Umkreise eines größeren Geländes zum Bau einer neuen Kavaleriekaserne im Nordosten unserer Stadt hatte an Hand gehen lassen. In allen Stadien der Verhandlungen ist immer nur an eine Verlegung des Regiments in Stadträumen gedacht worden, um so mehr die Befürworter stets das Befreien beabsichtigten, aus rein militärischen Gründen in der Stadt Düsseldorf eine Kavalleriebrigade zu verlegen.“ — In Düsseldorf General-Anzeiger wird der Wert des bebauungsfähigen Terrains der ebenfalls zu verlegenden Kaserne in Düsseldorf auf höchstens 1.300.000 Mk. angegeben, was selbst bei 4 Prozent Zinsen nur 54.400 Mk. Erparnis ergeben würde. Dagegen würde der Zinsfuß in drei bis vier Jahren auf 20 Prozent ansteigen. Diese Zahlung würde alsbald mit der Verlegung des Regiments beginnen, während die entfallende Nutzung aus dem zu verlegenden Terrain viel später ihren Anfang nimmt und nur klein anfängt.

Recht zweideutig ist das Dementi, welches von der Regierung gegen die Behauptung in die Welt gesetzt wird, die Regierung werde schließlich in eine Erhöhung des Verkensalles um 50 Pf. willigen. Das Dementi lautet nämlich, die Regierung habe bisher keine Veranlassung gehabt, sich mit der Frage zu befassen. — Das bejagt gar nichts, die Hauptsache wäre, daß die Regierung ohne Umschweife erklärte, sie würde in die Jollerhöhung einwilligen.

Der sächsische Landtag wird am Donnerstag wieder geschlossen werden, nachdem er die Erhebungen der Zivilliste des Königs und der preussischen Wpaganen bewilligt hat. Diese Erhebungen betrafen das Land um jährlich 827.700 Mk.; nur infolge verschiedener günstiger Umstände ist zur Zeit die Summe um 190.000 Mk. geringer, so daß „nur“ 637.700 Mk. Mehrausgaben übrig bleiben.

eine lange, schlichte Schenke, unter der das Schwert hervorkommt. Wind und Wetter hatten das tüchtige Antlitz, dem weniger die Verehrung der Masse als Geist und Charakter ein edles Gepräge verliehen, hier gebracht. Als er jenseits der Brücke die stehende Gasse entlang schritt, vernahm er aus dem Gidelhans der Räder fiedel und Duddeloh, Säusend und Weibergesetz. Seine Frauen zogen sich hinter zusammen. Vor dem Thor wandte er sich dem Nikolausberge zu, den die Würgerbürger des Klas- oder Gidslberg heißen.

So sammelte auf demselben ansehnlich, jedoch nicht sumum. Leute von der Schwärze oder schleppten, von Wölkern und Ausbändern unterrichtet, die Geschichte, die sie aus den Landbüchern, den gebrochenen Bürgen der Gidslute und des Deutschen Odens weggehört hatten, auf den Gipfel, wo Schätze aufbewahrt wurden. Es war keine leichte Arbeit; denn der Berg war steil und waldlos, und die Sonne heiß. Aber die Leute waren guter Dinge und wenn sie verdämmert waren, trieben sie berbe Späße oder sangen. Florian Geuer hatte für die Gruppen, an denen er vorüberkam, ein gutes Wort, ermunterte sie und ging auch wohl auf ihren deren Damm ein oder riet ihnen, wie sie die schweren Möhre forderinner weiter schaffen könnten. Auf dem Gipfel trafen er Simon Reuser, der die Schwärze überwandete, Simon war auf Geroldsbürgen von der Schwärze oder auf seinem Stellvertreter oder Keutinger gewählt worden. Florian Geuer reichte ihm die Hand, nahm in seiner Begleitung die Arbeiten schär in Augenschein und nach dem Marienberge hinüberzugehen, sagte er: „Nehmen wir die Schwärze des Weltermeier, so kommt darüber aus nur noch ein Trümmerhaufen sein. Doch daran ist nicht zu denken, wie die Dinge jetzt liegen. Er bütet sie wie eine Angewidel und hat sie deshalb selbst nach Hiebberg geleitet. Für unsere schweren Wägen und Kalkmetellen, für die ich in der Abzug zu Recht, der uns von dem Marienberge trennt. Hier die Gidslute sind sie nicht so hoch. Auch ein Pulver und Gefährlichkeiten gebirgt's uns.“

„So haben sich die Unterhandlungen mit den Büchlidigen verzögert und es wird Ernst?“ fragte Simon Reuser gespannt. „Ihre Worte stellen ja kein zur Stadt kommen.“

Nicht verzögert,“ erwiderte Herr Florian und ein letztes Mal spielte um seinen energisch geschnittenen Mund. „Sie sind mit einer Antwort heimgelacht, die es Ihnen deutlich

aus dem Eisenbahndirektionen mitgeteilt, daß das Ansehen der Lokomotiven mittels Steinbollen, die einem zu diesem Zwecke beiständig zu unterhaltenden Feuer entnommen werden, gegenüber dem Ansehen mittels Holz, besonders altem Schmellenholz, im allgemeinen keine Vorteile bietet. Zu diesem Zweck dienen aus festlichen Gründen als zweckmäßig zu erachten sein sollte, soll durch stärkere Kontrolle festgesetzt werden, daß in den Ansehigungs Röhren über den Bedarf nicht unangemessen verbraucht werden.

Armed Zentrum! Vom Niederrhein schreibt man der Volk. An: Die Unangenehmheit der katholischen Arbeitermäher mit der vom Zentrum befolgten Politik des Hofstaatsmäßs mocht in den niederrheinischen Bezirken greifbare Fortschritte. In einer neuerdings zu Partingen veranstalteten öffentlichen Versammlung wurde von seiten katholischer Arbeiter die Erklärung abgegeben, daß sie zwar Zentrumsmäher bleiben, indes bei der nächsten Reichstagswahl nur einem Gegner des Zentrums ihre Stimmen geben würden. Sollte ein solcher in der Reihen des Zentrums nicht zu finden sein, werde man entweder einen eigenen Kandidaten aufstellen oder willige Wahlenthaltung verhindern. Die Durchführung dieser Maßhalt würde für das Zentrum beispielsweise in den Wahlkreisen Köln und Düsseldorf Verwickelungen schwerer Art im Gefolge haben.

Die Bedenkliche Besetzung. Die Entscheidung des Disziplinarkonferenzen für richterliche Beamte über die Verlegung des Handgründungsstellen der Bediensteten in Braunschweig gegen das Urteil der Disziplinarkammer ist nach den Gerichts-Verhandlungen zu erwarten. Herr v. Dodekind, ein 70jähriger, hochgeachteter Herr, ist bekanntlich als Disziplinarkonferenz mit demselben eingeleitet worden, weil er an der Rechtsmäßigkeit der Regierung des Hofstaatsmäßs festhält.

Für die Wählerwahl liegen nunmehr die Schlüsselfragen vor. Die ständige Anzahlung hat ergeben für Dodekind 5498, für Degen (natl.) 511, für Heuser (Agarier) 8286 und Winter (frei) 1104 Stimmen. Die Stimmzahl wärdigen Dodekind und Degen findet nächsten Freitag, den 11. Juli, stattfinden. Die Freistimmigen haben da wieder Gelegenheit, ihre Stimmen für den nationalliberalen Schutzblätter abzugeben und dadurch ihm zum Siege zu verhelfen, wie es auch oben in Remel-Gehebrung geschehen ist.

Die Nationalliberalen werden im Oktober einen allgemeinen Parteitag in Breslau abhalten.

Ausland.

Oesterreich. Im „heiligen“ Land Tral, das nach so recht eine Domäne der Pfaffen ist, haben die Merkanten eine recht empfindliche Schlappe erlitten. Bei der Gemeinderatswahl in Jodenberg wurde nämlich, trotz aller Wählerarbeit der Christlich-Sozialen, gewählt 7 Fortschrittler, 2 Sozialdemokraten und nur 3 Christlich-Soziale. — Soffentlich wird die schwarze Garde noch viele solcher Schläge erleben.

Frankreich. Die Sozialpolitik des „radikalen“ Ministeriums besteht ansehnend darin, daß es die werten sozialen Fortschritte des vorhergehenden Ministeriums schleunigst rückgängig macht. Besonders eifrig scheint es in dieser Hinsicht der neue Handelsminister Kroulout, der Nachfolger Mirandens, zu haben. Derselbe hat ein Dekret erlassen, nach welchem für eine Reihe industrieller Betriebe das Gesetz Mirandens-Gollard aufgehoben wird. Es sind dies besonders Buchbindereien, Vergoldereien, Gravuren- und Ziselenanfertigungen usw. Das Dekret hat zur Folge, daß in den betreffenden Betrieben, trotzdem neben den Männern auch Frauen und Kinderarbeit beschäftigt werden, die Arbeitszeit länger als 10½ Stunden dauern darf.

Italien. In der Kamagna ist es bei den Gemeinderatswahlen wieder zu heftigen Kämpfen der politischen Parteien gekommen, wobei Dalm und Revolover jedoch wieder eine Rolle gespielt haben. Es kam zu Kämpfen zwischen Republikanern und Sozialisten. 30 Personen wurden verurteilt und 50 verhaftet.

Belgien. In Brüssel hat die Reaktion sich an den unglücklichen Taten des Königreiches vom 18. April gerächt. Das Schoungerecht beurteilt nicht weniger als 81 Leute wegen Teilnahme an den Wahrfreiheitskündigungen zu harten Gefängnisstrafen. Angeklagt waren 40 Mann, von denen 9 freigesprochen wurden. Drei wurden zu 4 Monaten, einer zu 3 Monaten und die übrigen zu einem Jahr und zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung des Urteils rief eine gewaltige Bewegung des Unwillens unter den Zuhörern hervor, die die Richter ausspitzten. Die Werkzeuge einer brutalen Klassenjustiz ließen durch Gendarmen den Saal räumen. Die armen Verurteilten, die zum Teil noch an schweren Wunden leiden, wurden in Gefängnis schmachtet, während ihre

allein,“ bemerkte Herr Florian, und sich unterbrechend, fragte er: „Doch wer kommt da zu eilig herau?“

„Das war ein gut gefeierter Bauer, dessen Geschäft ein großer Schlapput nicht erkennen ließ.“

„Wendeland!“ rief Florian Geuer einen Augenblick später überaus und erhob sich. Der Mann stand schon fast vielen Jahren in seinen Diensten, er hatte ihn als Rämmerer auf seiner Burg Gidslslslbdt zurückgelassen.

„Ja, gnädiger Herr, es ist der Wendeland,“ erwiderte dieser, von Steigen auser Atem und rief den Schlapput von dem langen, graugrünehten Haar.

„Du kommst in einer Zeit, die guter Vordicht fremd ist,“ sagte Herr Florian, indem er ihn forschend in das treuehrtige Gesicht blickte. „Was führt Dich her? Ist's etwas Nachricht von Nimmo?“

„Von Schloß Dimpwar ist mir nichts bemipst,“ schüttelte Wendeland den Kopf und atmete gleichgültig an. „Ich war in Euzem Volomont, gnädiger Herr, in der Wärr zu Seldingsselding,“ fuhr er fort, als ob er Zeit genimmen wolle. „Ihr würdet wohl bald kommen,“ sagte der Wärrer. „Es wolle ich aber niimmer dulden.“

Herr Geuer fiel ihm ins Wort. „Da es nichts Schlimmes von dem Meinigen ist — daß es nichts Gutes ist verarr Dein Gedicht. Wäg ich es Dir denn mit Gewalt entreißen. Du alter Unglücksrabe?“

(Fortsetzung folgt.)

Geistes.

Severinusfluss. „Ach, lieber Pindermann, ist es wahr, daß es am Wendendeiz des Kretzes so heiß ist, daß er sich manchmal rötet?“ (Sidd. Woffillon.)

Der wahre Grund. „A: Das ist aber hüßlich von dem neuen Eisenbahngesetz, daß in den Photographie-Hummel nicht nur ein Bild von ihm zu verketen.“

„A: Um, um! Ich glaube, das geschieht bloß aus Angst vor den Karikaturzeichnern und Wühlblättern.“ (Sidd. Woffillon.)

für ihre trübsamen Heidenhöfen besorgten Schlichter sich ihres Daseins freuen können. — Das ist die Gerechtigkeit der christlichen Bourgeoisie!

Schweiz. Ein gemächlicher Professor. Dem am Zürcher Polytechnikum wirkenden Professor Schüttli ist durch Verfügung des eigenhändigen Schlichters die Fortsetzung seiner Vorlesungen über Kunst, Kultur und Religion im Mittelalter untersagt. Der Professor hatte sehr viele Zuhörer, die das Verbot in große Wutregung versetzten. Sie beschloßen jedoch von einer Demonstration abzugehen und den Petitionsweg zu betreten.

Ueber die Gründe des Verbotes ist noch nichts bekannt.

Schweden. Ein neues Ministerium ist jetzt vom Ministerpräsidenten Votström gebildet und vom König genehmigt worden. Die neue Regierung soll bezüglich der Wahlrechtsfrage folgenden Standpunkt einnehmen: Der Wunsch ist abgelehnt worden; das Wahlrecht soll jedem unbescholtenen schwedischen Bürger zustehen, der das 25. Lebensjahr vollendet hat und der Wahlfähigkeit, sowie der Steuerpflicht genügt hat. Stadt und Land sollen die gleichen Bedingungen bezüglich der Vertretung im Reichstage haben.

Norwegen. Der Jar soll wieder einmal Anfälle haben. Die Krankheit ist es soziale, nachdem die humanitären glücklichen Überlebens- und in Haager Friedenssonnen zum grotesken Ausbruch gekommen sind. Jetzt wie damals hat ein Buch das empfindsame Herz Härdenens derartig gerührt, daß er seine vollbeglückenden Talente entdeckt hat. Der Daily Express nämlich erzählt seine Mitteilung über die Wüstheit des Jaren, 200 Privatpersonen aus allen Ständen der Bevölkerung Norwegens zu empfangen, durch folgende Meldung: Der Jar habe seit einigen Monaten eifrig die soziale Frage studiert und sorgfältig die darauf bezügliche Literatur verfolgt. Mit größter Aufmerksamkeit habe er sich bemüht, ein in Bezug unter dem Pseudonym X veröffentlichtes Buch, das neue Norwegen, gelesen, das in ruhiger Weise die soziale Frage in Norwegen erschöpfend behandle. Der Jar sei dann zu der Überzeugung gelangt, daß der Verfasser ihm bei Ausführung seiner Pläne zur Herbeiführung Norwegens wertvolle Hilfe leisten könne, und habe Bescheid gegeben, den wirklichen Namen des Autors zu ermitteln. Der Leipziger Verleger des Buches habe versprochen, den Namen des Verfassers zu nennen, wenn dieser seine Erlaubnis erteile.

Ist die rührende Geschichte wahr, was noch sehr zu bezweifeln ist, so werden Hoffnungen, orthodoxe Pfaffen, Bureaucraten und Militaristen schon dafür sorgen, daß die sozialen Anfälle des Jaren nicht in die Praxis umgelegt werden.

— Die Kräfte in Finnland. Seit März 1901 in Finnland wegen Abwesenheit des Reichspräsidenten 20 Gesandten ernannt werden. In dem Verzeichnis wurden zu Gesundheitsberatern ernannt, 4 erprobte Bekannte.

Afrika. Die Heimkehr der Sieger. In Durban und Swaziland sind es hauptsächlich der Rückzug der Kolonialtruppen zu Unutzen. Diese bezwingen dazwischenliegende Gegenden, daß mehrere verhaftet und abgeurteilt wurden.

Vollständiges und Gerichtliches.

Die „Verantwortlichkeit“ des verantwortlichen Redakteurs. Das Vandalenstück in Danken verurteilt am 25. März den Redakteur Genossin Emil Schaubert in Jüttow wegen öffentlicher Beleidigung des Stadtrates von Jüttow zu 100 Mk. Geldstrafe. Schaubert ist verantwortlicher Redakteur des in Jüttow erscheinenden Blattes „Der armen Partei aus der Oberlausitz“. Verursacher des Blattes ist der Schriftführer Genosse Fischer in Jüttow bei Dresden und gedruckt wird das Blatt in Dresden. Verfasser des intimierten Artikels war der Herausgeber Fischer. Das Gericht lag im Urteil, Fischer habe den Artikel zur Bezeichnung der verurteilten Partei geschrieben, aber der Herausgeber habe den Artikel des § 193 würde ihm doch nicht zu gute kommen, da der Ton des Artikels gehässig sei und einzelne Ausdrücke in ihrer Form eine Beleidigung enthielten. Schaubert will vor der Durchführung des Artikels keine Kenntnis von ihm gehabt haben. Er hat angedeutet, daß er in Jüttow wohne, die Verurteilung sei nicht das Blatt zu verurteilen. Der Herausgeber hat sich er nach Dresden. Fischer habe ihm nun aber diesen intimierten Artikel nicht zugehändelt, sondern jenseits in die Druckerei geschickt. Er, Schaubert, habe deshalb vor der Veröffentlichung keine Kenntnis von dem Inhalte des Artikels erhalten. Als er dann die Auflage der betr. Nummern in Jüttow erhalten habe, habe er sie verlesen lassen, ohne sich den Inhalt zu prüfen.

In der Revisionsverhandlung vor dem Reichsgericht bemerke der Revisionsanwalt a. a. es befänden die Bedenken bezüglich der Frage, ob der § 20 des Brechgesetzes richtig aufgestellt worden ist. Die tatsächlichen Umstände, die zur Anwendung des § 20 nicht einmündig ist fehlerhaft. Man müsse wohl annehmen, daß ein Unmündig im Sinne des § 20 vorliegt, der die Ehre des § 20 angeht, ausgesetzt. Es handle sich hier nicht um die Unterlegung des Namens des Artikels vor der Veröffentlichung, sondern um einen Vorgang hinter den Rücken des Angeklagten, der ihn freiheitlich entlehrt. Die Verantwortlichkeit des § 20 kann gegen den Angeklagten insofern nicht zur Anwendung kommen, als das Verhalten des Angeklagten vor dem Druck in Frage kommt. Das scheint auch das Vandalenstück genügt zu haben, denn es wendet den § 20 auf die Tätigkeit des Angeklagten an, die nach der Durchführung geschehen ist. Selbst wenn man annehmen wollte, daß der Angeklagte alle Exemplare der Nummer selbst verhandelt hat, so kann bei dieser Tätigkeit von dem § 20 nicht mehr die Rede sein. Unter der Tätigkeit des Redakteurs versteht man nur die Tätigkeit für die Drucklegung und nicht die, welche nachher etwa noch erfolgt, das ergibt sich schon aus dem Worte Redakteur. Das Reichsgericht hat zwar dem Antrag des Revisionsanwalts auf Vernehmung der Revidenten vor dem Senat war der Ansicht, daß die Verantwortlichkeit des Redakteurs sich auch auf diejenige Tätigkeit beziehe, die er nach der Drucklegung ausübt.

Das Reichsgericht verwarf die Revision des Genossen Schaubert, der als Redakteur der polnisch-sozialdemokratischen Gazeta Radotyczna dem Exzerpieren S. in Kattowitz beleidigt haben soll. In der Hauptverhandlung war der Angeklagte, wegen den der Beleidigung als einziger Jünger fungierte, in neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gefängnis verurteilt wurde die Revision des Genossen Schaubert von dem Brandenburger Reichsgericht. Das Reichsgericht hat zwei Wochen Gefängnis erhalten.

Parteinachrichten.

Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie Norwegens. Am dem letzten Parteitag unserer norwegischen Genossen wurde ein neues Agrarprogramm mit der Aufgabe, ein Agrarprogramm zur Landwirtschaftlichen Frage auszuarbeiten. Die Mehrheit dieses Komitees hat sich nun über folgende Vorschläge geeinigt und sie dem Parteivorstand vorgelegt: Die Landwirtschaft für die Landbevölkerung.

A. Die wichtigsten Gegenstände des Bodens sollen unter bestimmten Bedingungen allen zugänglich gemacht werden, die arbeiten wollen, wodurch Armut, Auswanderung und Entvölkerung in den Landdistrikten vermieden werden. Begrenzung der umfangreichen Beheizung des Bodens und geistlicher Gebrauchs des Bodens als Produktionsmittel, sowie des Eigentumsrechts an den Agrarkontrollen.

Da der Sozialismus die Aufhebung des gegenwärtigen Schul- und Heiratsrechts und der damit verbundenen heimtücklichen Anbindungen erhebt, sollte die Landwirtschaft, die am meisten darunter leidet, nach und nach dadurch freigegeben werden, daß dem Arbeitslosen die vielsartigen und unkontrollierbare Ausbeutung erwidert wird.

- B. Aus diesen Gründen sollte:
 1. kein Verkauf öffentlichen Grundbesitzes stattfinden.
 2. Staat und Kommunen je nach Gelegenheit billige und unter dem Zwangsbereich ausgeübte landwirtschaftliche Grundstücke verkaufen und ebenso andere Grundrechte, wie Wald, Wasserfälle, Bergwerke usw.
 3. den Kommunen das Recht der Appropriation — besonders von brachliegenden oder futuristischen Boden — nach einer Taxe, die dem tatsächlichen Ertrag des Besitztums entspricht, eingeräumt werden, so daß die Verstaatlichung niemals den Durchschnitt der Versteigerungstage der letzten 10 Jahre übersteige.
 4. Solches Grundbesitz soll dann entweder unter öffentlicher Verwaltung angeboten werden, oder es soll Genossenschaften oder Einzelbauern gegen mäßige Abgaben und unter der erforderlichen Kontrolle zum Anbau überlassen werden. Ausbeutung von menschlicher Arbeitskraft ist unzulässig.
 5. Staats- und Kommunal-Behältnisse sind gegen zum Anbau von, und zur Abbeziehung auf landwirtschaftliche Grundstücke und Häuser zwecks Anbau oder Benützung; jedoch soll die Allgemeinheit nach den nächsten Größen das Vorkaufsrecht haben.
 6. Alle solche Grundstücke, die landwirtschaftliche Erträge abwerfen und mit den notwendigen Betriebsbeschränkungen versehen sind, sollen durch Gesetz gegen Exzession, private Veräußerung und im allgemeinen gegen jeden Zugriff privater Kreditoren geschützt werden.
 7. Dieser Schutz soll sich auch auf die gegenwärtigen Besitzer von Haus und Boden erstrecken und zwar in dem Maße, daß dem Betreffenden Raum gegeben wird, für seine wie für seiner Familie Arbeitskraft.
 8. Des weitern sollen Staat und Kommunen unterstützen und durch Geheie fördern; alle kooperativen Unternehmen, wie: Weizen-, Getreide-, Zuckervereinigungen, sowie für Kauf und Verkauf, sowie den genossenschaftlichen Betrieb in allen Formen, sofern er den bestimmten Zweck verfolgt, den Arbeitsvertrag der Produzenten durch Uebermittlung der Zwischenpersonen und des fremden Kapitals zu erhöhen.

Für alle größeren landwirtschaftlichen Betriebe, in denen die Arbeit an der obersten Stelle geteilt wird, soll die Arbeit, sollen durch Gesetz ein Minimallohn und ein Maximalarbeitslohn, den örtlichen Verhältnissen angepaßt, festgesetzt werden.

Gewerkschaftliches.

Ähtung, Zuckereure und Fassbindner! Die Maurermeister des 13. Jhns Haldenburger, um sie an Stelle der ausgesetzten Handwerker zu bestimmen. Zuckereure und Fassbindner, die nach Kiel kämen, würden dort also Streikbedrohung leiten müssen.

— **Buchdrucker, Ledergerberei- und Arbeiter und Bortenweber** sind bei der Firma Hermann Waag in Rudolfsburg in den Provinz getreten.

— **Der Streik der Maurer in Lufzenau** ist mit einem Erfolge für die Streikenden beendet worden.

— **Im Zuckereure Maurerstreik** hat sich die Stadt-Verwaltung erboten, Verhandlungen zwischen Maurermeistern und Streikenden anzubahnen. Letztere waren dazu bereit, eriere antworteten mit Nein.

Ausland.

Delfeld. Im nordholländischen Kohlenrevier hat ein Teil der streikenden Bergleute die Arbeit wieder aufgenommen.

— **In Triest** sind die Laifabrizanten in den Ausstand getreten.

— **Amerika.** Der Bergarbeiterstreik dauert jetzt zwei Monate. Der Wert für die Arbeiter und Arbeitgeber wird auf 40 Millionen Dollar berechnet.

Billige Wohltätigkeit.

Man schreibt dem Vorwärts aus Gien: Vor einigen Monaten kamen Tausende Arbeiter der Wohlfahrtsfirma Krupp in von freien Gewerkschaften, deutschen und Reichs-Dauernden Gewerkschaften einberufenen Versammlungen einmütig zu dem Entschluß, gegen die weltberühmte Wohltätigkeit öffentlich zu protestieren. In 5 Versammlungen, darunter solche von 2000 Teilnehmern, gelangten Resolutionen zur Annahme, in denen getlicher Antrag gegen die Krone der Kruppischen Wohlfahrt — die Benennung — verlangt wird und die einstimmige Annahme der Resolutionen wurde mit lautem Bravo begrüßt. So votieren Leute, welche die „Wohlfahrt“ an eigenen Leibe erprobt haben. Man sollte meinen, solche, weit über die lokalen Grenzen Giens hinaus Äußerungen erregende Vorkommnisse hätten auch das Urteil bei in Dülndorf verammelten bürgerlichen Sozialpolitikern beeinflussen müssen; es scheint aber, daß Stimmen aus den Kreisen der bewohnten Arbeiter auf das selbe keine Einwirkung zu erzielen vermögen. Andernfalls wäre es kaum denkbar, daß Obgenannter Arbeiter aus dem internationalen Arbeiterverbandes-Kongreß erklären konnte, die Kruppischen Wohlfahrtseinrichtungen seien milderfertig!! — So, Herr Wohltäter, vertrete sich zu dem Urteil: Wenn alle Arbeitgeber solche Einrichtungen schaffen wie Krupp, dann bedürfte man keiner Sozialgesetzgebung!!!

Auf welche Informationen ist solches Urteil gefüllt worden? Die Herren vom Kongreß haben dem Kruppischen Werk einen lüthigen Besuch abgelegt, haben einige hübsche Säulen — und sechs war das Urteil! Sah man die allen fast türen Anforderungen spendenden Verfassern, sah man die Bolschakows als Arbeiterwohnungen, sah man die Wohnstätten, in denen jedesmal zwei Personen gleichzeitig eine Brause benutzen müssen — natürlich alle ohne Befriedigung — und vor allem, verhielt man sich Kenntnis von dem Leben der berühmten Wohlfahrtsklassen! Wenn ja, dann hätten die Bourgeois-Sozialpolitikern auch weiter erklären können: gerade weil die Kruppische Wohlfahrt den Arbeiter zu einem willenslofen Ausbeutungsobjekt macht, weil wir das feudale Verhältnis unter anderen Formen wieder einschleichen wollen, weil wir Gerechtigkeit und Gerechtigkeit, darum loben wir auch die Kruppische Wohlfahrt, aber man hätte auch erklären können, wie man die deutsche Sozialgesetzgebung ist zwar noch sehr unvollständig aber sie ist doch gegen den Kruppischen Wohlfahrtsficker. Das Fundament bei den Arbeiterverderberungs-Gesetzen ist das Recht auf Rente, ein Recht, gewonnen durch Erfüllung von Pflichten, ein Recht, das nicht von der Gnade des Unternehmers abhängig ist. Bei den Kruppischen Wohlfahrtsfickern aber ist Rechtslosigkeit des Arbeiters Prinzip! Und sehr schwerer Pflichten der Arbeiter steht auch nicht ein Atom von Recht gegenüber.

Die Kruppische Pensionskasse ist obligatorisch eingeführt. Jeder bei Krupp in Arbeit stehende wird Mitglied der Kasse und hat zunächst ein Guthabenvermögen in Höhe des 1/4 fachen Tages-Arbeitsverdienstes bis zu 6/8 Jahressumme zu zahlen. Durchschnittslohn man an 6 Mk. Gehaltverdienst zu setzen. Sodann kommen die laufenden Beiträge, 35-36 Pf. pro Jahr im Durchschnitt. Und diesen Kosten stehen dadurch keine Rechte gegenüber. Der nach 10, 20-jähriger oder noch längerer Dienstzeit abgehende Arbeiter hat durchaus keine Ansprüche an die Kasse, nicht nur das nicht, auch nicht einen Fennig von den eingezahlten Beiträgen, die oft ein Kapital bis zu 1000 Mk. repräsentieren, wird ihm zurückgezahlt; dabei ist es gleichgültig, ob der Betreffende selbst abheben, ob er freiwillig oder ob er unwillkürlich der Kruppischen Wohlfahrt entgang! Derjenige, der nach mehrjähriger Tätigkeit weiter nicht mehr tauglich ist zu weiterer erzielbarer Ausübung, der vielmehr auf dem Krankenlager den Kriegenästel empfangt — poliert oft — sowohl als auch derjenige, der auf Grund einer Demagogik als politisch verdächtig den Kaufpaß bekommt, wie auch jeder, der mit wirklichen Lohnbeschränkungen, mit rigorosen Maßnahmen, mit moralischen Mißhandlungen unzufrieden, aufs Wasser steigt, alle, alle sind um ihre Beiträge zur Wohlfahrtskasse kriegen.

In den letzten drei Jahren kehrten bei Krupp ca. 20000 Arbeiter ab — darunter welche mit Dienstjahren bis über 20 Jahre. — Von diesen Leuten wurden ungefähr 10000000 Pf. für diese Pensionskasse geteuer, aber nicht einen Fennig können die Leute zurückfordern. Natürlich haben die Arbeiter auch bei Verwaltung der Kasse nicht mitzureden. Sie dürfen ein paar Vorstandsmitglieder wählen, das ist alles. Der Vorstand kann Beschlüsse fassen — aber die Firma hat in allen Leitung der Kasse und finanziellen Bestimmungen letztendlich das letzte Wort. Die Arbeiter sind trotz großer Willkür rechtlos, die Firma schaltet und waltert nach dem Prinzip: Der Zweck der Arbeit soll mein Wohl sein!

Diesen Wohlfahrtsklubung nun hat Geheimrat Höbber als Minister hingestellt und die verammelten Kongreßmitglieder haben seinen Worten mit ehrsüchtigen Schmeißen gelauscht! Oder haben die Äuguren einander angelächelt?

Literatur.

Die soziale Revolution. Von Karl Kautsky. I. Sozialreform und soziale Revolution. II. Am Tage nach der sozialen Revolution. Zwei Broschüren, die jedoch unter diesem gemeinsamen Titel im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW, Beilage 2, erschienen sind. Die erste Broschüre enthält die Vorlesung über die soziale Revolution, die zweite Broschüre enthält die Vorlesung über die soziale Revolution. Die beiden Broschüren hängen innerlich miteinander zusammen, aber jede einzelne bildet ein für sich abgeschlossenes selbständiges Ganzes.

Die erste Schrift: Sozialreform und soziale Revolution (56 Seiten, 40 Pf.) behandelt den Begriff der sozialen Revolution, welche aus unseren Vorkämpfern zu werden ja unendlich befruchtbar wurde. Sie unterteilt in drei Hauptabteilungen, die Wandlungen der Klassen in der jüngsten Zeit und erweitert die Frage, ob diese Wandlungen die Revolutionen künftighin unmöglich oder unwirksam machen oder nur einen neuen Typus einer sozialen Revolution vorbereiten. Wir haben vor einigen Tagen an letzter Stelle unserer Blätter einen Abschnitt aus dieser Broschüre veröffentlicht.

Die zweite Schrift: Am Tage nach der sozialen Revolution (48 Seiten, 30 Pf.) untersucht die Aufgaben, die der Proletariat aus der Eroberung der politischen Macht erwachsen, die Schwierigkeiten, die daraus entspringen, und die Hilfsmittel, die ihm zu ihrer Ueberwindung zu Gebote stehen. Es ist seine mühsame Aufgabe, um die es sich dabei handelt, sondern um eine propagandistisch höchst bedeutsame Sache.

Kautsky geht in diesen Schriften von dem Gedanken aus: Eine Partei kann nie ihre volle Kraft entfalten, wenn sie nicht die feste Ueberzeugung in sich trägt, daß sie im Grunde ist, nicht bloß zu liegen, sondern auch die Aufgaben zu lösen, die ihr aus ihrem Siege entspringen. Eine feste Erkenntnis dieser Aufgaben der Zukunft giebt aber auch eine Wüchsigkeit für die Aufgaben der Gegenwart. Das Ergebnis, zu dem Kautsky kommt, bestätigt auch, daß diese und jene sind in der gleichen Richtung bewegen. Die eine wie die andere sind wesentlich Aufgaben der Demoralisation.

Wer also in den Streitfragen, die jüngst die Partei beschäftigt haben und die in dieser und jener Enfrage immer wieder auf die Tagesordnung gebracht werden, zu einem klaren Urteil gelangen will, muß diese kautskischen Schriften, die hier durch klare, gemeinverständliche Darstellungsweise ausgedehnt, lesen und studieren. Wir können sie unseren Lesern bestens empfehlen.

Erntung aus Delfeld.

Nur Parteimitglieder erhalten: Genosse B. 1 Mk., Blatt: Ciste Nr. 26 430 Pf., Ciste Nr. 124 1035 Pf., Nr. 125 480 Pf., Nr. 126 1035 Pf. der Beerdigungsfesterversicherung erhalten. Ciste Nr. 114 Turner-Ausflug 210 Pf. Weitere Beiträge nimmt entgegen Der Verdrauensmann: A. Vierbaumann.

Spezialhefte der Redaktion nur mittags von 12 bis 1 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Adolf Thiele in Halle.

Grosser Inventur-Ausverkauf

J. Lewin

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Geschäftshaus

Bei allen Einkäufen wolle man das aushängende Plakat in den Geschäften aller Branchen beachten:

10 Mk.

MITGLIED des
Rabatt-Spar-Vereins
 HALLE (SAALE).
 —● Rabatt-Auszahlung erfolgt durch die Städt. Sparkasse. ●—

10 Mk.

werden auf jedes vollgeklebte Sparbuch ausbezahlt.

Sozialdemokratischer Verein

für Halle und den Saalkreis.

Donnerstag den 10. Juli 1902 abends 8½ Uhr im „Weißen Roß“
Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen des Friedensschlusses in Südafrika. Referent: Redakteur Däumig. 2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein Zeitz.

Dienstag den 8. Juli abends 8½ Uhr in Schindlers Restaurant, Gartenstraße

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Der Genossenschaftslehre in Stuttgart und seine Verhältnisse. Referent: Genosse Gerhardt. 2. Geistliches. 3. Verschiedenes. Alle Mitglieder und deren Frauen werden erbeten zu erscheinen. Gäste sind willkommen.

Naumburg.

Mittwoch den 9. Juli abends 8½ Uhr im „Schwarzen Adler“

große Volks-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Welche Interessen haben Kleinrentner und die Arbeiterheit gemeinsam? Referent: Reichstagsabgeordneter Adoll Thiele aus Halle. 2. Distinktion. 3. Die „Rechtterigung und „Aufklärung“ des Brauereibesitzer in Nr. 156 des Kreisblattes und der Stand des Kampfes der Brauerei „Sonne“ mit der Naumburger Arbeiterheit. 4. Verschiedenes.

Herr Brauereibesitzer Schröder sowie die gelehrten Brauer der „Sonne“ sind zu dieser Versammlung herzlich eingeladen, um denselben Gelegenheit zu geben, der Arbeiterheit mit gutem Gewissen unter die Augen treten zu können. — Entree 10 Pf.

Der Vorstand.

Osborgs Bellevue.

Morgen Mittwoch nachm. von 3½ Uhr an
Großes Familien-Frei-Konzert.

Sale! Meine Wohnung befindet sich von heute ab Grenzstraße 4.
Holzpanzern pro Paar Männerpanzern 70-75 Pf.
 Frauenpanzern 50-55 Pf.
 Mädchenpanzern 40-45 Pf.
 Kinderpanzern 35-38 Pf.
 verkauft **Habetuch, Poststr. 2.**

Walhalla-Theater.

Direktion: Richard Hubert.

Fritz Steidl-Sänger

Humoristisch-satirisch, musikalisch
 Künstler-Ensemble. 8 Herren.
 Täglich **grosse Soiree**
 mit brillanten abschließungsreichem
 Programm.
 Heute Dienstag zum letzten Male:
 „Regimentsbesuch!“
 Militär-Ensemble.
 Der Herr Direktor:
 Humoristisches Ensemble u. i. m.
 Vom Mittwoch den 16. d. Mts. ab
 gänzlich neues Programm.

Mittwoch
Schlachte-Fest.
 Joh. Fischer,
 Große Golenstraße 7.

Prima Wurst-Waren aus reinem Schweinegut empfiehlt

G. Gerig, Rothenstraße 2.

Jeden Mittwoch
Schlachte-Fest.
 Oskar Heller,
 Steinweg 32.
 Telefon 1179.

Gutfindende
Speise-Kartoffeln,
 magnum bonum, hat noch am Lager
H. Köppe, Triftstr. 50/51.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.
 am Riebeckplatz, nächste Nähe des
 Hauptbahnhofes.
 In den allabendlich elektrisch be-
 leuchteten u. illum. Gartenanlagen:
 Fifi Tosea's lebende Aquariell-
 mätze.
 5 Damen. 2 Herren.
 Lucy Forrest u. Will King-Trio,
 Exzentrisch-Tanzakt.
 Lola Lieblieh, Variations- & subrette
 par excellence.
 Maximilian Thierry's atrobatische
 Ziegenböde
 und das übrige
grosse Programm.
 Bei ungünstiger Witterung im
 Wintertheater.
 Anfang 8 Uhr. Ende ca. 11 Uhr.

Soeben erschienen:
Postillon
 Nr. 14.
 Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung.

Fliegenleim

in unübertroffener Qualität bei
Gr. Ulrichstr. 6. F. A. Patz.

M. Schemmels

Möbel-Magazin
 Halle a. S.,
 Rathausstraße Nr. 6.
 Größte Auswahl, billigste Preise!
Ausstattungen
 neuer u. gebrauchter Möbel etc.
 (Eig. Werkstätten, Transport frei!)

Inserate

sowie Abonnements
 fürs **Volksblatt**

nimmt an
Gust. Blum,
 Bitterfeld,
 Deffauerstraße 17.

Neue und geb. Möbel aller Art ver-
 sehr billig **Schiller, Mühlberg 13.**

Fahrrad sehr billig zu verkaufen
 Reithofstraße 31, Blumenstraße.

Meine Wohnung befindet sich nicht
 mehr Glauchaerstr. 40, sondern
Thorstraße 29, II.
 Frau Wathes, Hebamme.

Soeben erschienen:
 Sonntag den 6. d. Mts. verstarb auf
 dem Wege von Trotha nach Gutsberg
 infolge Verschlagens unser Sanges-
 bruder der Arbeiter **Hermann Sänger**
 aus Trotha. Wir verlieren in ihm
 ein ehrliches treues Mitglied.
 Ihre treuen Anverwandten.
 Trotha den 8. Juli 1902.
Arbeiter-Verein Halle-Trotha.
 Der Vorstand.

Nachruf.
 Sonntag früh verstarb plötzlich unser
 Kollege **Hermann Sänger.**
 Wir verlieren in ihm ein langjähriges
 Mitglied und treuen Kollegen.
 Die Beerdigung findet Mittwoch
 nachmittags 5 Uhr von der Kapelle des
 Friedhofs S. Trotha aus statt.
 Die Beerdigung des Verstorbenen der Fabrik,
 Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.
 Bahnhofs Halle-Nord.

Ankunft und Abfahrt der Züge in Halle.

Abfahrt:

Richtung Thüringen.
 3.24 B. — 5.45 B. — 7.50 B. S. 1-3. — 10.00 B. D. 1-2. — 10.26 B. S. — 10.32 — 10.48 B. S. 1-3
 11.22 B. S. 1-3. — 11.30 — 1.09 B. D. 1-2. — 1.16 B. — 2.10 B. — 4.00 B. S. 1-3. — 5.45 B. —
 7.30 B. 1616 Merseburg. — 7.50 B. S. 1-3. — 9.50 B. (fährt bis Köthen). 2-3. — 10.55 B. —
 11.31 B. D. 1-2. — 11.46 B.

Richtung Berlin.
 3.44 B. S. 1-3. — 4.45 B. D. 1-2. — 5.00 — 6.56 B. D. 1-2. — 7.03 B. — 9.06 B. S. 1-3. —
 11.00 B. — 2.10 B. — 2.46 B. D. 1-2. — 3.20 S. — 4.41 B. D. 1-2. — 5.38 B. S. 1-3. — 5.45 B. —
 6.44 B. S. 1-3. — 8.17 B. S. 1-3. — 8.50 B. 1616 Wittenberg. — 9.28 B. D. 1-2. — 12.22 B.

Richtung Leipzig.
 2.57 B. — 4.33 B. — 5.43 B. — 7.30 B. — 7.45 B. S. 1-3. — 8.30 B. S. 1-3. — 9.15 B. —
 10.22 B. — 10.48 B. S. 1-3. — 12.15 B. — 1.40 B. — 3.19 B. — 5.07 B. S. 1-3. — 5.35 B. —
 S. 1-3. — 6.30 B. — 7.16 B. — 8.42 B. — 9.23 B. — 10.30 B. S. 1-3. — 10.50 B. S. 1-3. — 11.10 B. S. 1-3. —
 12.00 B.

Richtung Magdeburg.
 4.55 B. — 7.00 B. S. 1-3. — 10.00 B. — 10.57 B. S. 1-3. — 1.40 B. — 3.45 B. — 5.53 B. —
 7.14 B. S. 1-3. — 8.51 B. — 10.42 B. S. 1-3. — 12.22 B. (fährt bis Köthen).

Richtung Giesleben-Nordhausen-Kassel.
 5.25 B. — 6.57 B. (fährt bis Sangerhausen). — 7.00 B. — 9.10 B. — 11.02 B. S. 1-3. —
 12.15 Mitt. (fährt bis Giesleben). — 2.15 B. — 3.34 B. D. 1-2. — 4.02 B. 1-3. — 6.00 B. — 9.30 B. —
 (fährt bis Giesleben). — 10.40 B. S. 1-3. — 11.31 B.

Richtung Albersleben.
 4.50 B. — 6.32 S. 1-3. — 7.55 — 11.32 — 1.41 B. S. 1-3. — 3.42 — 6.18 B. — 10.39 B. —
 (ab Halberstadt Ednellquag).

Richtung Sorau-Guben.
 7.45 B. S. 1-3. — 7.53 B. — 11.34 B. — 3.00 B. S. 1-3. — 6.25 B. — 11.25 B. (fährt
 bis Torgau).

Richtung Seiffeld.
 6.00 B. — 10.00 B. — 2.00 B. — 3.00 B. 1616 Delau: fährt nur Sonn- und Feiertags.
 6.30 — 7.30 — außer vorstehenden fahren an Sonn- und Feiertagen nach Delau noch folgende
 Züge: 2.30 B., 3.30 B., 4.00 B., 4.30 B., 6.00 B., 7.00 B., 8.00 B., 9.20 B.

Ankunft:

Richtung Thüringen.
 3.40 B. S. 1-3 (von München über Zeitz). — 4.41 B. D. 1-2. — 5.38 B. (kommt von
 Merseburg). — 6.34 B. (kommt von Gritt). — 6.52 B. D. 1-2 (von Stuttgart u. Pöhlitz). —
 9.2 B. S. 1-3. — 9.51 B. — 12.17 B. — 1.04 B. — 2.32 B. S. 1-3. — 4.39 B. D. 1-2 (von
 München über Jena). — 5.05 B. — 5.23 B. S. 1-3. — 6.40 B. S. — 8.13 B. S. 1-3 (v. München
 u. Stuttgart). — 8.34 B. — 9.21 B. D. 1-2. — 10.48 B. — 11.55 B.

Richtung Berlin.
 3.19 B. — 4.37 B. — 7.38 B. (kommt von Wittenberg). — 9.55 B. D. 1-2. — 10.15 B. —
 10.22 B. 1-3. — 10.44 S. 1-3. — 11.18 S. 1-3. — 1.05 B. D. 1-2. — 2.00 — 3.40 S. — 3.50 D. 1-2. —
 5.19 — 7.32 B. S. 1-3. — 9.04 B. — 10.32 B. D. 1-2. — 11.18 B. — 11.27 D. 1-2.

Richtung Leipzig.
 4.45 B. — 6.20 B. — 6.30 B. S. 1-3. — 6.50 S. 1-3. — 7.46 — 9.53 — 10.40 S. 1-3. — 10.55 B. S. 1-3.
 1.08 B. — 1.38 B. S. 1-3. — 3.37 B. — 4.28 B. — 5.30 B. — 6.53 B. (verkehrt nur Wert-
 tags). — 7.10 B. S. 1-3. — 7.55 B. — 8.41 B. 1-3. — 9.41 B. — 10.24 B. — 10.40 B. S. 1-3. —
 12.16 B.

Richtung Magdeburg.
 2.45 B. — 6.40 B. (kommt von Köthen). — 7.38 B. S. 1-3. — 8.27 B. S. 1-3. —
 9.45 B. — 10.39 B. S. 1-3. — 1.00 B. — 3.11 B. — 5.03 B. S. 1-3. — 7.00 B. —
 9.14 B. — 10.28 B. S. 1-3.

Richtung Nordhausen-Kassel-Giesleben.
 6.45 B. — 7.20 B. S. 1-3. — 9.50 B. — 1.22 B. — 2.42 B. D. 1-2. — 2.55 B. S. 1-3. —
 4.30 B. — 5.23 B. — 7.32 B. — 8.04 B. S. 1-3. — 10.27 B. — 11.00 B. (nur Sonn- u. Feiertags)

Richtung Albersleben.
 5.37 B. (kommt von Könnern und verkehrt nur Wertags). — 7.19 B. (von Halberstadt). —
 10.13 B. — 12.41 B. — 4.57 B. — 5.32 B. S. 1-3. — 9.14 B. — 10.48 B. S. 1-3. — 11.38 B.

Richtung Sorau-Guben.
 6.36 B. (kommt von Torgau). — 10.16 B. — 1.02 B. S. 1-3. (Anschluss von Breslau, Wien). —
 3.35 B. (kommt von Cottbus). — 7.43 B. — 10.04 B. — 10.28 B. S. 1-3. (Anschluss von
 Breslau, Wien).

Richtung Seiffeld.
 6.44 B. — 12.25 B. — 4.20 B. (von Delau: fährt nur Sonn- und Feiertags). — 5.21 B. —
 7.20 B. — 9.05 B. — Außer vorstehenden kommen an Sonn- und Feiertagen von Delau noch
 folgende Züge: 2.50 B., 3.20 B., 3.50 B., 5.50 B., 6.20 B., 6.50 B., 7.50 B., 8.50 B., 10.10 B.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. u. S. S.) Halle a. S.

Liberaler Träume.

Von Zeit zu Zeit bekommt der Liberalismus in Deutschland regelmäßig seine Umwandlungen von Regierungsfähigkeit. In beweglichen Tagen jammert er über die energielose Regierung, die sich immer wieder unter das konervative Joch Dede und gar nicht einsehen will, daß sie nur die Hand auszustrecken brauche, um eine Regierungsbewegung in entgegengelegelter Richtung zu finden. Die Regierung jammert über die energielose Regierung, die sich immer wieder unter das konervative Joch Dede und gar nicht einsehen will, daß sie nur die Hand auszustrecken brauche, um eine Regierungsbewegung in entgegengelegelter Richtung zu finden.

Die in Halle erscheinende Saale-Zeitung zählt zu jenen liberalen Blättern, welche eifrig in der gegenwärtigen Wählerwahl tätig sind. Nun hat kürzlich unter Obliegen der Parteizugang der gesamten Partei gegenüber der Koalition der Schutzflügel bei den nächsten Reichstagswahlen das Wort redet. Der Verfasser bezeichnet es als einen ebenso schönen wie klugen Gedanken, wenn man die gesamten liberalen Prinzipien gegenüber der linkslebenden Partei für den Augenblick zurücktreten lasse, um der zur Zeit regierenden Koalition mit einer impotenten Mehrheit gegenüberzutreten zu können. Von unieren sozialistischen Hoffnungen brauchten wir deshalb noch kein Wort zu verlieren und unsere Ziele müßten schließlich durchdringt sein, wenn es nicht vertragen, daß man sie unumgänglich notwendiger Vorbedingungen wegen einmal eine Zeitlang zurückstelle. Wir von der Linken sollten in Sachen des prinzipiellen Fortschritts der reaktionären Gesellschaft als fest geschlossene Einheit gegenüberstehen.

Mit anderen Blättern ihres Schlags greift auch die Saale-Zeitung diesen Akt, der durchaus nicht die Redaktionsmeinung unierer Oberger Organe sondern nur die eines einzelnen Parteigenossen widerspiegelt, auf, erklärte ihn als sehr bedauernd und verächtlich, schon vor Monaten die gleiche Idee verworfen zu haben. In einem besonderen Leitartikel entwickelte sie nun ihre Pläne, wie der gemachte Vorschlag auszuführen und welche Chancen er auf liberaler und sozialistischer Seite habe. Darnach könne der jetzige konervative-liberale Einfluß auf die Reichsregierung nur gebrochen werden, wenn bei den nächsten Wahlen ein Ministerialrat der gesamten Linken gegen die Rechte erfolge. Die Regierung müsse freigestellt werden von dem unwürdigen parteipolitischen Zwang, in den sie sich habe schlingen lassen; sie solle keine Politik der rechten, auch keine der linken treiben, sondern über den Parteien stehen. Die Koalition des linken Blattes und seiner Kollegen würde ganz wesentlich gebessert werden, wenn er für jene Pläne die Unterstützung daher nehmen könnte, wo sie sich ihm bietet. Den nachfolgenden Faktoren und nicht zuletzt den Zweifeln im Lande würde zudem bei der Verwirklichung der gemeinsamen Aktion zu denken, daß im Liberalismus eine weit größere Kraft steck, als man sich gemeinhin träumen läßt. Die sozialdemokratische Partei müßte allerdings ihre programmatischen Endziele beiseite rücken. Nun übrigens sei die jetzige politische Situation den Erfolgen außerordentlich günstig.

Die ewigen Frühlingshoffnungen des Liberalismus verleben diesen nur zu leicht, die Welt der realen Dinge um das fast beständig im politischen Rechte zu sehen. Man beachte das politische Verhalten im liberalen Sinne zu beeinflussen, so meinen seine Anhänger, und eine neue Ära der politischen Zufriedenheit und des allgemeinen Wohlbefindens nimmt ihren Anfang. Sie vergessen, daß die bestehende Verfassung die Menschen machen, nicht umgekehrt die Menschen die Dinge nach ihrem Willen gestalten können. Alles ist, weil es ist. Die sozialdemokratische Partei bewegt sich in allen ihren Handlungen und Zielen auf dem Boden der realen Tatsachen, deshalb bleibt sie vor Enttäuschungen bewahrt. Und so braucht auch der Vorschlag einer Koalition der gesamten Linken nur anzuleuchten, um sofort wieder als politische Phantasterei verworfen zu werden. Selbst wenn der Vorschlag unierer Seite auf seine Verwirklichung gepreßt würde, müßte nach kurzem Verweilen das Scheitern des Scheiterns werden durch das bisherige Verhalten der liberalen Parteien bei den früheren Reichstagswahlen. Das neue Kartell der Linken würde nämlich schließlich leiden an der mangelnden Parteidisziplin der Freiwillichen, der großen Angst vor dem roten Lappen und der unbereiteten vorhandenen Neigung des deutschen Bürgertums, den reaktionären Parteien die Hilfstuppen zu stellen. In unzähligen Wahlkreisen sowohl bei den regelmäßigen Reichstags- als bei Nachwahlen haben die um Rechte und Nichter in der Stichwahl zwischen Konservativen und Sozialdemokraten mit einer seltenen Einmütigkeit dem Regierungsmann zum Siege verholfen. Selbst aus den nur acht Wahlkreisen des Regierungsbezirks Merseburg könnten aus den letzten und vorletzten Wahlen zweifelhafte Beispiele für diese Behauptung erbracht werden. Zweifel erhebt sich das, da die Freiwillichen hier nicht anders wie sonst im Reiche handelten. Andererseits läßt das Kartell der Linken in eine ganz bestimmte Lage, wenn sich Freiwilliche und Sozialdemokraten in der Stichwahl gegenüberstehen, wie dies in der Berliner und einem beträchtlichen Teil anderer Wahlkreise der Fall ist. Welche Kartellpartei sollte zurücktreten? Der ideoe Wahlhändler müßte betrieben werden, wenn dem Zwecke des Kartells Rechnung getragen würde.

Einen Richter, der in der Freiwillichen Zeitung gleichfalls von dem Kartell Notiz nahm, bekräftigt dem auch ganz offenerz in seiner gewöhnlichen Manier das vorstehende Gelegte, indem er darauf hinweist, daß in den Kreisen, in denen die Sozialdemokratie mit einem konservativen Ausschließen, die es dadurch den Sieg des Sozialdemokraten ausschließt. Nach keine liberale Partei habe bisher vermocht, die Anhänger zum Stimmern für die Sozialdemokratie zu bewegen.

Was heißt das anders, als daß der Liberalismus und das freiwilliche Bürgertum konsequent ihre Prinzipien verlegen, wenn sie vor die Alternative gestellt werden, zu wählen zwischen dem Sozialdemokraten, der doch sämtliche wirklich liberalen Forderungen vertritt, oder dem Reaktionsär, der den Liberalismus auf entscheidende Bekämpfung? Eugen Richter sucht nicht in der politischen Freiheit und Unverwundbarkeit seiner Anhänger die Schuld an dem Siege der Konservativen, sondern in der Grenzlinie der Sozialdemokratie, die sich erlaubt,

ihre Ideen auch durch den Stimmzettel zur Geltung zu bringen. So hinterbrannt die Richterische Jagd ist, ihrer der unbefindlichen Befolgung entgegen die Richterischen Mannen wirklich eine staunenswerte Konsequenz.

Schon bei ganz oberflächlicher Betrachtung stellt sich also das geplante Kartell als ein politischer Widerspruch heraus, abgesehen davon, daß bekanntlich die Sozialdemokratie nicht im geringsten gewillt ist, ihre programmatischen Endziele bei den nächsten Reichstagswahlen in den Glasfarn zu stellen. In Wahrheit handelt es sich aber nur für sich allein - schon längst nach den Grundgedanken des vorgelegenen Kartells, indem sie unbedeutend ihrer sonstigen Gegnerin in der Stichwahl konsequent dem Freiwillichen gegen die Parteien der Rechten zum Siege verhilft. Und mehr wie ein Duzend der 27 Sitze der zwei freiwillichen Fraktionen im Reichstag sind dieser Haltung der Sozialdemokratie zu danken. Unter Kartell wird auch im nächsten Jahre die gleiche Taktik befolgt, und wiederum wird man erfahren, daß das freiwilliche Bürgertum dem Gedanken der Gründung eines Kartells der Linken durch sein reaktionäres Verhalten schmerzhaft entgegenarbeitet.

Soziales.

— Umfang der Kruppischen Betriebe. Nach der Aufnahme vom 1. April 1902 betrug die Gesamtzahl der auf den Kruppischen Werken beschäftigten Personen einschließlich 3050 Beamten: 43.083. Von diesen entfallen auf die Gußstahlfabrik (Ghen 24.598, das Grönimwerk in Rudau 2173, die Germania in Kiel einschließlich Tegele Werk 2957, die Kohlenzechen 6159, die Hüttenwerke, Schießplatz Neuzen u. 5628. Nach der letzten der von Zeit zu Zeit auf den Kruppischen Werken veranfaßten Aufnahmen betrug die Gesamtzahl der Kruppischen Werksangehörigen (einschließlich Frauen und Kinder) in der Woche vom 14. bis 19. Mai 1900 147.645.

Zu den Werken der Firma Friedrich Krupp s. g. H. ist dem Jahresbericht der Offener Handelskammer z. Zt. die Gußstahlfabrik in Ghen mit einem Schießplatz in Wewpen, das Kruppische Stahlwerk vorm. J. A. Hühner u. W. in Annen i. W., das Grönimwerk in Rudau bei Wladenburg, die Germania in Kiel; vier Hochöfenanlagen bei Duisburg, Remscheid, Ghen und Althausen; vier Hochöfen und ein Walzwerk in Essen; sechs Hochöfen und ein Walzwerk, nämlich: sechs Hannover, sechs Heimbühl und sechs Sölger u. A. u. A.; eine große Anzahl von Eisenbahnbrücken in Deutschland, darunter zehn Tiefbau-Anlagen mit vollständiger maschineller Einrichtung. Außerdem ist die Firma Friedr. Krupp an Eisenbahnbrücken bei Wilsloh in Nordpreußen beteiligt, und endlich gehört ihr eine Kieberei in Rotterdam.

Krupp gab sein steuerpflichtiges Vermögen 1898 auf 217 Millionen Mark, 1900 aber bereits auf 263 Millionen Mark an. Es war mithin in den zwei Jahren um 46 Millionen Mark gewachsen. Da aber Krupp in den beiden Jahren nur für 12 und 16 Millionen Mark Einkommen versteuert hat, zusammen also 28 Millionen, und da der von ihm selbst zugestehende Vermögenszuwachs allein 46 Millionen beträgt, scheint die Rechnung nicht ganz zu stimmen. — Weniger, als er selbst angibt, hat er sicherlich nicht. Wahrscheinlich ist ihm dagegen bei Berechnung seines Einkommens ein kleiner Irrtum passiert. So etwas soll auch in den feinsten Familien vorkommen.

— Das Programm der Regierung von Neu-Zealand. Bei der Eröffnung des Parlaments kündigte der Gouverneur u. a. folgende soziale Gehege an: Ein Alterspensionsgesetz für alte dienunfähige Eisenbahn-Angestellte; ein Gesetz betreffend die Einführung staatlicher Feuerversicherung; die Unterbrechung staatlicher Kohlenbergwerke; ferner ein Gesetz, durch welches der künstlichen Preissteigerung auf Lebensmittel Einhalt getan werden soll.

— Wäherenten? Aus Melbourne wird gemeldet, daß die Dürre in Australien täglich besorgniserregender wird. Nach aus Ungarn kommen Klagen über schwere Entschädigungen. Nach den neuesten in Budapest eingetroffenen Saatenfallsberichten hat die anormale Witterung der letzten Zeit im ganzen Lande bedeutende Schäden angerichtet. Die Größe des Schadens läßt sich zur Zeit ziemlich genau noch nicht berechnen, doch ist schon heute ersichtlich, daß der Ernteertrag eine ziemlich bedeutende Abnahme erlitten wird. Ruzer Hoff richtet auch die Wirtshäufige großen Schaden an.

Zum Kongress der christlichen Gewerkschaften.

Der vorige Woche in München abgehalten wurde, ist noch folgendes nachzutragen: Die christlichen Gewerkschaften sind seiner Zeit im Leben gerufen worden, um ein Gegengewicht gegen die freien Gewerkschaften zu bilden. Zudem man zunächst einen Gegenstand zwischen christlichen und andersdenkenden Arbeitern konstruierte, suchte man unter dem Banner christlicher Gewerkschaften die Arbeiter in den katholischen Gegenden zu vereinigen, um sie, die nach einer Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen verlangen, vor dem Beitritt zu den freien Gewerkschaften und dem Einfluß der sozialdemokratischen Partei zu bewahren und in alle mögliche Gestalt der Zentrumspartei zu erhalten. Wenn trotzdem in einem Teil der christlichen Gewerkschaften ernsthafte Gewerkschaftsarbeit betrieben worden ist, so jedoch das aus Drängen der Wäheren. In der Wäheren der Führer meistens derjenigen, die hinter den Kulissen der christlichen Gewerkschaften die Wäheren treiben lag das wider nicht. Die katholischen Arbeiter unter solchen Umständen absondern von ihren andersdenkenden Klassenangehörigen, mit denen sie durch die gleichen wirtschaftlichen Interessen verbunden sind; sie hindern, ihre Klasseninteressen unter sachgemäßer Führung zu vertreten. Das war die Absicht der Wäheren in den christlichen Gewerkschaften. Diese Absicht kam auch jetzt wieder auf dem Kongress in München mit voller Deutlichkeit zum Ausdruck. Nicht nur christliche Gewerkschaften sondern auch christliche Konsumvereine müßten man erfinden, wenn auch dieser Plan einstweilen noch nicht verwirklicht werden kann. Um die Arbeiter von der Vertretung der Arbeiterinteressen zu geben, jüden die christlichen Führer alle Einrichtungen der freien Gewerkschaften nachzuahmen. Dabei vergesse die Leute nur das eine: daß es nicht die Einrichtungen, nicht die äußeren Formen sind, welche die Erfolge der freien Gewerkschaften bringen, sondern das es vielmehr der Inhalt der Einrichtungen ist, welche den Erfolg bringen. Und ein Reichs-Arbeiterreferatariat wollen die christlichen Gewerkschaften einrichten, damit die christlichen Arbeiter um Stimmenswillen nicht in die Lage kommen, ihre getreulichen Anträge vor dem Reichs-Verordnungsamt durch einen vielleicht nicht christlichen, dafür

aber um so laudwürdigeren Arbeiterreferat der freien Gewerkschaften vertreten zu lassen. Der jahrelange, aber recht unpraktische evangelische Theologe Mumm wird dafür sorgen, daß die Abwanderung der christlichen Arbeiter auch in dieser Hinsicht durchgeführt werde. Ob die betreffenden Arbeiter von dieser Einrichtung Nutzen haben werden, das ist eine andre Frage. Die Wäheren in den christlichen Gewerkschaften betreiben in erster Linie die Geschichte der Zentrumspartei. Das läßt sich mit ernsthafter Gewerkschaftsarbeit natürlich nicht vereinigen, und die Folgen dieser Art von Gewerkschaftsbewegung haben sich denn auch gerade in jüngster Zeit gezeigt. Es kamen ganz besonders häufig zum Ausdruck die Forderungen, welche die katholischen Arbeiter einerseits, die Zentrumspartei und mit ihr die maßgebendsten Führer der christlichen Gewerkschaften andererseits zur Zollvorlage einnehmen. Dieser Gegenstand führte denn auch in München zu lebhaften Debatten. Wieder, der Vorliegende des Metallarbeiterverbandes, der in seinem Blatte gegen die Zentrumspolitik des Zentrums eingetreten war und deshalb von Brunt und Heister, dem allezeit getreuen Zentrumskämpfer, kritik befehlet wurde, ist abgelehnt worden, während man seinen Vortrag freundlichen Gegnern durch Wiederholung in den Ausschuss des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften ein Vertrauensvotum erteilte. Die Delegierten, welche diesen Vertrauensvotum annahmen, müßten sich der prinzipiellen Bedeutung ihres Beschlusses wohl nicht bewußt gewesen sein, denn es ist sicher anzunehmen, daß ihre Mandatgeber nicht einverstanden sind mit der Maßregelung des Zentrums, der energig gegen die vom Zentrum beizubehaltende Zentrumspolitik einzugetreten ist.

Die unvereinbaren Gegenätze zwischen Zentrumspolitik und Interessenvertretung der Arbeiter sind es, die ein Gelingen in der Gewerkschaftsbewegung ausschließen. Die Debatten in München haben ja auch gezeigt, daß es mit den christlichen Gewerkschaften unglücklicher geht, als die Führer es hielten. Es ist eine Frage der Zeit, wie lange sich die katholischen Arbeiter noch von ihren der Zentrumspartei ergebenen Führern leithalten und wie lange sie sich noch einreden lassen, daß sie, abgesehen von ihren andersdenkenden Klassenangehörigen, ja im Genuß zu diesen, ihre wirtschaftlichen Interessen vertreten können. Die nächsten Schritten werden deutlicher als bisher die Arbeiter und die Arbeiter in den jetzt noch vom Zentrum beherrschten Gegenden zu der Erkenntnis bringen, daß die Arbeiter ohne Unterschied der religiösen Meinungen zusammenzugehen, wenn es gilt, ihre wirtschaftlichen Interessen zu vertreten.

Der Zander-Prozess.

In der Sitzung vom Sonnabend fand die Verhandlung über den Zander-Prozess statt. Es handelt sich um die Angelegenheiten des Zander'schen Bauunternehmens, an der Medienburgischen und an der Wägenreiter'schen. Die Verhandlung am 19. Dezember 1899 von der Grundbesitzer-Gesellschaft, die für 618.480 Mark einige 30 vorher erworbenen Lote, für 9 Millionen Mark an die Aktien-Gesellschaft für Grundbesitz und Hypothekensatz verkauft worden. Die Angelegenheit, daß die Aktien-Gesellschaft durch dieses Geschäft stark benachteiligt worden sei, da die Preise viel zu hoch berechnet worden seien. Der hierüber als Sachverständiger benommenter Direktor der Bauunternehmer-Besitzer, W. Zander, ist in der Sitzung am 19. Dezember 1900 auf 3.475.854 Mark, das Terrain an der Wägenreiter'schen auf 2.395.000 Mark einigen Neuerungen der Sachverständigen Geh. W. D. H. und Nat.-S. Zimmermeister W. r. o. s., von denen der erstere ganz dem Gutachten des Herrn Zander beistimmt, der letztere einige der letzteren einige der letzteren die Zander'schen auf zehrende Gesichtspunkte vorbringt, kommt es zu einer lebhaften Debatte. Der Sachverständige B. o. H. spricht davon, daß die Angelegenheiten das ganze Grundbesitzgeschäft in Berlin zu Grunde gerichtet hätten.

Die Art des Sachverständigen, sein Gutachten abzugeben, gibt der Verhandlung zu lebhaften Protesten Anlaß, die in dem Antrage gipfeln, den Sachverständigen wegen Verangenheit abzulehnen. Nachdem sich der Gerichtshof zur Beratung hierüber zurückgezogen, vertritt der Vorliegende, daß der Gerichtshof den Sachverständigen nicht für beantragt halte, da die Wäheren Abstriche noch nicht eine Verangenheit begründe. Der Direktor Zander erklärt, er habe sich in der Diskussion nicht, persönlich habe er gegen die Angelegenheiten gar nichts, und wenn er in seinen Abstrichen über das Ziel geschossen, so thue ihm dies leid. Hieran knüpfen sich noch weitere sehr lebhaft ausgeführte Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern und den Sachverständigen. Der Gerichtshof entscheidet nach eingehender Beratung des Direktors Zander, daß eine Verangenheit durch die Verhandlung der Angelegenheiten nicht abgelehnt werden könne. Der Sachverständige B. o. H. erklärt, er habe sich in der Diskussion nicht, persönlich habe er gegen die Angelegenheiten gar nichts, und wenn er in seinen Abstrichen über das Ziel geschossen, so thue ihm dies leid. Hieran knüpfen sich noch weitere sehr lebhaft ausgeführte Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern und den Sachverständigen. Der Gerichtshof entscheidet nach eingehender Beratung des Direktors Zander, daß eine Verangenheit durch die Verhandlung der Angelegenheiten nicht abgelehnt werden könne.

Der Sachverständige B. o. H. erklärt, er habe sich in der Diskussion nicht, persönlich habe er gegen die Angelegenheiten gar nichts, und wenn er in seinen Abstrichen über das Ziel geschossen, so thue ihm dies leid. Hieran knüpfen sich noch weitere sehr lebhaft ausgeführte Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern und den Sachverständigen. Der Gerichtshof entscheidet nach eingehender Beratung des Direktors Zander, daß eine Verangenheit durch die Verhandlung der Angelegenheiten nicht abgelehnt werden könne. Der Sachverständige B. o. H. erklärt, er habe sich in der Diskussion nicht, persönlich habe er gegen die Angelegenheiten gar nichts, und wenn er in seinen Abstrichen über das Ziel geschossen, so thue ihm dies leid. Hieran knüpfen sich noch weitere sehr lebhaft ausgeführte Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern und den Sachverständigen. Der Gerichtshof entscheidet nach eingehender Beratung des Direktors Zander, daß eine Verangenheit durch die Verhandlung der Angelegenheiten nicht abgelehnt werden könne.

Nach Eröffnung der Sitzung am Montag legt Zeuge Friedrich J. a. n. e. auf Verlangen nochmals seine Ansicht über den Sachverhalt und unmittelbar nach dem Vernehmen an der Hand der Wäheren dar. Er kommt zu dem Endurteil, daß wenn die Aktien-Gesellschaft nicht eingetreten wäre, die Firma im Stande gewesen wäre, den Bankrott vollzogen zu werden, als auch den sonstigen Gläubigern volle Befriedigung zu geben. Hierauf stellt Zeuge J. a. n. e. in nächster Reihe eine ganze Reihe von Beweisanträgen, die nochmals auf die Angelegenheiten des Staatsanwalts Bezug haben, daß bei den beiden Bankrotten 50 bzw. über 40 Millionen Mark verloren gegangen seien. Durch die beantragten Beweise soll nachgewiesen werden, daß die eingetragenen Verluste in seiner Weise auf eine Schuld der Aktien-Gesellschaft zurückzuführen seien. Zeuge J. a. n. e. stellt Dr. P. o. l. l. e. r. stellt noch mehrere Anträge, die auf die bei der Hauptverhandlung übliche gewöhnliche Verbindung des Zander'schen Bezug haben. Es entnimmt sich hierauf eine längere Diskussion, die die Streitigkeiten der Grundbesitzer in die Neue Wäheren

gesellschaft zum Gemeinwohl hat. U. a. beivestigt Reichsamtalt...
Verfahren in dem, dass die Ämter der Reuen Hobn-
gesellschaft infolge der niedrigen Schätzungen und der sich da-
aus ergebenden Bemühen von circa 30 Prozent auf
100 Prozent eigene Unternehmungen der Gesellschaft
in die Höhe gehoben seien. Die Wertbegleiter sollten so
manchmal darauf zurück, dass die Verleihen der Reuebank
nicht unter der Kontrolle der Behörde stattgefunden haben.
Sie behaupten im Gegensatz zu einer früheren Bedeutung des
Geh. Rat's v. Sch. dass sich die Verleihen aus in einzelnen
um die Verleihen, sehr geringer habe.
K. v. Glatz hat die Rede abgelehnt: In den Jahren
1879 bis 1887 haben häufig die Staatskommissionäre sehr sorg-
fältige Revisionen vorgenommen, und von 1894 an haben fort-
während sehr eingehende Berichte über die Verleihen der Be-
höre eingereicht werden müssen. Auf eine Frage des Staats-
anwalts v. Sch. ob es dann gekommen, dass nicht bedenk-
fähige Bauwerke, die Friedensbrücke betreffend, dem Reuebank
zu übergeben, giebt der Angeklagte das Wort an, dass
durch welche er sich hierzu für berechtigt gehalten. Er ist
als Beamter vorgelegener Treuhandverwalter bei der Breiten-
bank v. Sch. schließt auf Betragen der Verleihen, dass
ausfallsfähige stattgefunden haben, und das vor Eingehen
einer Verbindung mit den einzelnen Bauunternehmern Ge-
rundlungen über deren Bonität eingegangen worden seien. Auf
die Bemerkung des Staatsanwalts v. Sch. er könnte zahlreiche
Fälle nachweisen, in denen zwar ein Unternehmer verkauft
worden, die nachher bei der Ausführung nicht zu dem
die Bauhandwerker zu Schäden gekommen seien, meint Justiz-
rat v. Frank, dass die Angeklagten doch nicht weiter thun
sollten, als bei Ausnahmefällen und an sonstigen Stellen
für über die Leistungsfähigkeit der betreffenden Unternehmer zu
erkundigen. Weiterer Red. v. Sch. hat das Wort ge-
nommen, dass die Angeklagten, die sich nicht bedenk-
fähig in Antizipation des den nächstjährigen aufzuhenden Forderungen
gegangen sind. Die Zahl der Antizipationen, aus allen Verleihen-
geschäften entstanden, bei denen der Bank nahestehende Verleihen-
drittel interessiert worden, ist in Verhältnis zu den Antizip-
ationen in sonstigen Verleihenverhältnissen kaum ungenügend ge-
wesen. Daraus schließt der Sachverwalter Sch. Rat v. Sch., dass bei
der ersten Kategorie von Verleihen nicht mit der nötigen Sorg-
falt und Kritik verfahren worden ist. Hieran tritt eine Pause
ein.

Auf Verleihen des Gerichts wird im weiteren Verlaufe der
Verhandlung aus den Akten des Polizeipräsidiums eine Beschei-
dung der Finanz. St. vom 24. April 1896 vorgelesen. In dem
betreffenden Artikel wird der Geschäftsbereich der Breitenbank
Hypothekbank pro 31. Dezember 1895 kritisch beleuchtet, und die
Situation der Bank schon damals als bedenklich und verworren
hingestellt. Die Wertbegleiter stellt fest, dass dieser Bericht der
Frankf. St. nicht ohne mehrwähnten sondern schon im Jahre
1890 zu den Angeklagten v. Sch. vorgelesen ist. Die Finanz-
anwaltschaft greift auf einen Punkt der Anlage zurück, welcher
dafür bescheidet sein soll, wie die Angekl. v. Sch. Sünden und
Buchmeister zum Nachteile der Grundschuldbank für ihren eigenen
Schlüssel gezeigt haben. Als das Grundschuldfazienten 16
1894 antizipiert verpfändet wurde, habe das Grundschuldbüro
274 M. an rückständigen Zinsen z. gehabt, welche aus den
Einkünften gedeckt werden sollten. Obwohl nur die Einkünfte
dieser Mittstände nicht reichten, sondern erst ein halbes Jahr
später eingegangen begannen, seien an Buchmeister aus der Bank
doch schon 1597 M. gezahlt worden, welche an Zinsen für eine
für Sünden und Buchmeister persönlich hinter der Bankhypothek
eingetragene Forderung von 1597 M. vorgelesen werden.
Daraus schließt der Sachverwalter v. Sch., dass die Angekl.
Grundschuldbank ein Verlust nicht erwachten sei, und dass er
jedemfalls gutgläubig gehandelt habe. R. v. Sch. v. Sch. v. Sch.
bittet, bezüglich der Frage der Verjährung dieses als Unrecht
ausgegebenen Falles doch auszusprechen, wenn die Anlage
auf Unrecht eingeleitet werden sollte. Weiterer Land-
gerichtsbuch v. Sch. greift auf einmal die Frage an, ob die
Angekl. Sünden und Buchmeister, die bei ihren gemeinschaft-
lichen Terrainschulden Hypothekenfelder mittelbar von der
Breitenbank erhalten hatten, verpflichtet waren, der Breitenbank
Provision zu zahlen. Die Anlage konzentriert aus der
Möglichkeit von Provision zu Unrecht. Die Angekl. Sünden
sagen, dass sie bei dem Geld nicht von der Breitenbank sondern
von der Mittelschuldbank erhalten haben und letztere 1 Proz.
mehr Zinsen, quasi als Provision berechnet habe.
Ueber diese komplizierte Angelegenheit entwickelten sich sehr
zeitraubende Erörterungen. In denen Kommerzienrat Lucas
und Geh. Rat v. Sch. den Landgericht der Anlage vertreten,
während die Angekl. v. Sch. die Verteidiger des Gegenteils
vertreten, indem sie ausführen, dass das Geschäft nur zwischen
der Mittelschuldbank und den Angeklagten stattfand, eine Ver-
pflichtung zur Provisionszahlung an die Breitenbank nicht vor-
gelegen habe und man bei der ganzen Transaktion doch nicht
die enge Interessengrenzung zwischen den einzelnen Gesell-
schaften des Gegenteils heranzuziehen. Nach Beendigung
dieser Diskussion beschließt der Vorsitzende, den im Anfang der
heutigen Sitzung vom Reichsamtalt Bericht stellen neuen
Bescheidtragungen stattzugeben und einige auswärtige Zeugen
telegraphisch vorzuladen. Der Vorsitzende erklärt zum Schluss:
Er habe die Sitzung, dass am nächsten Montag um 10
Uhr Vormittags begangen. Zitiert werden die Angekl. v. Sch. er
lässt darauf aufmerksam, dass die noch in Aussicht genommene
Vernehmung des Zeugen Bourque vielleicht noch zu einer
Reihe von Bescheidträgen führen könnte. Vorsitzender Land-
gerichtsdirektor v. Sch. bemerkt hierauf, dass die von ihm
ausgesprochene Forderung dann allerdings in weiterem Grade
mit der Entscheidung der Angekl. v. Sch. übereinstimmen
ob nicht ein Teilhaber zu ergehen habe und der Rest zu ver-
tragen sei. Nächste Sitzung Dienstag.

Stadtverordneten-Sitzung

Am 7. Juli 1902, nachmittags 4 Uhr.
Vorbesitzer: Dittenberger.

Nach der Bekanntgabe mehrerer Entschuldigungen und Ur-
ausgabesche wurde in die Tagesordnung eingetreten. Inwieweit
das Protokoll der Sitzung vom 30. Juni verlesen und ge-
genehmigt. Die Sitzung war sehr schwach, von 32 Stadtver-
ordneten besetzt: erst im Laufe der Verhandlungen wurde die
bezügliche Zahl (38) erreicht.

Die Entschuldigungen der ehemaligen Gemeinde
Ratsherr für 1899 gab dem Herreren Stadtk. Richter Ver-
anlassung zu mehreren kleinen Moniten, die aber keine Ver-
anlassung zu größeren Ausführungen gaben. Die Einnahme
betrug 148 609.81 M. und es blieb ein Bestand für die Ge-
meinde-Ratsherr von 11 407.04 M. Dem die Rechnungslager wurde
Erteilung erteilt.

Dem Landverwerb in der Turmstraße wurde nach der
Magistratsvorlage zugestimmt. Die Veranlassung erklärte sich
damit einverstanden, dass a) das von dem Hospitalgrundstück
entfallende Land unentgeltlich, aber vorbehaltlich späterer Ver-
rechnung des Wertes auf die Freilegungen, und Bausubstanz
an die Stadtgemeinde übergeben werden sollte. b) das von dem Grundstück
der Französischen Strassen zur Turmstraße abzutretende Land
zum Breite von 3 M. pro 120-Meter unter gleichzeitiger
Tragung der Kosten von etwa 200 M. für das Zurücklegen der
Barriere angekauft und c) die vom Fabrikherrn J. Schulze-
Giggenbach Grundstück zur Straße entfallende Fläche von etwa
330-Meter Größe im Wege der Enteignung durch die
Stadtgemeinde erworben wird. Die entfallenden Kosten werden
auf die Anteile von 1900 verrednet. Herr Schulze geht erst
25 M. für den Quadratmeter verlangt und ist dann nach und
nach heruntergegangen auf 9 M. Da auch dieser Preis noch zu
hoch erscheint, soll das Enteignungsverfahren eingeleitet
werden.

Für die Anstellung eines Auslaufhändlers auf dem
Sandanger werden 820 M. und für denselben stattgebende Boh-

rennung 96.38 M. bewilligt. Durch den Auslaufhändler soll
Zentrifugalwasser für die dort spielenden Säuler und Erwadchen
beschafft werden. Die Anlage eines Brunnens, der nicht so
viel Kosten verursachen würde, wurde durch den Antragsteller
in die Untersuchung des Stadtk. Richter überlassen. Entnommen
Wassers ergeben hat, dass das Wasser zum Genuss nicht
empfehlenswert ist.

Die Vorarbeiten für den Erweiterungsbau — einschließlich
Menden einer Turnhalle — der Bauschule an der Liebenauer-
straße werden 6530 M. wegen der Bauschule ist eine
Veranschlagung von 10 430.89 M. entstanden; 12 600.06 M. sind
geteigeltlich des Bauschulschuldes, gegen nachteilig geworden.
Die Veranlassung sprach die Nachbeschaffung vorbehaltlich
späterer Bewilligung aus.

Die Veranlassung des Kreditus zum Bau des Artille-
rie-Fortens zum Bau der Veranlassung zu Angriffen gegen die
Veranlassung der 4. Armeeoberkommando. Nachdem die Arbeiter für die
Baupreise beendet sind, hat sich herausgestellt, dass die Bauschule
die bewilligte Summe um 20000 M. übersteigen. Die Verleihen-
träge gegen den generellen Vorschlag sollen in Wirtschaftlichkeit
von 74 750 M. betragen. Dieser Betrag der sich auf 68 Pro-
zent der Gesamtkosten der ursprünglichen Kostenschätzung berechnet,
wird nach dem Verleihen der Bauleitung auf hohe Materialpreise
und Arbeitelöhne, auf Veränderung von Entschuldigungen für
schwierige Materialtransporte etc. zurückgeführt.

Unter Nr. 1 des Anleiheprogramms von 1900 sind für mili-
tarische Zwecke 3 045 000 M. vorgesehen.
Daraus wurden bewilligt:
1. Für Beschaffung eines Exerzierplatzes für das Artillerie-
Regiment 285 705.11 M.
2. Für Anlage der Straße III, soweit die Kosten derselben in
Bezug auf die 5. Pro. Veranlassung der Militärverwaltung zur
Zeit zu legen sind 46 010.55 M.

Für das Artillerie-Fortensystem, für das Probantamt und für
die für die Disziplin-Beobachtung 2 550 000 Mark. In Summa:
2 881 715.64 M.

Die Kosten der Herstellung des Bürgerplatzes und der Fahr-
bahn in der Liebenauerstraße betragen nach den von der Stadt-
bauamt aufgestellten Kostenschätzungen:
a) Bürgerplatz 18 700 M.
b) Erweiterung des Bahndammes und Verlegung der Werd-
schwellen auf der Disziplin-Strasse 16 410 M.

Veranlassung wird erwidert, die Verleihen für die Bauten
im Betrage von 200 000 M. sowie die vorkommend unter a) u. b)
aufgestellten Beträge von 45 110 M. zusammen 231 110 M.
nach Maßgabe der Veranlassung der bauleitenden Firma Knosch
u. Kallmeyer bezug. nach den vom Stadtbauamt aufgestellten
Kostenschätzungen a conto der Anleihe von 1900 bewilligen zu
sollen.

Die von der Militär-Verwaltung für den Ausbau der in
Frage kommenden Strecke der Liebenauerstraße der Stadt in
3 Pro. befreit und 15 700 M. für den Erweiterung-Fortens-
Ausbaukosten betragen nach der aufgestellten Veranlassung
20 000 M.
Stadtk. Schmidt schlägt namens der Finanzkommission vor,
nach das zu bewilligen, was die Intendantur anerkannt und ge-
nehmigt hat. Die Finanzkommission bewilligt die 20 000 M.
den Verleihen und die 15 700 M. für den Erweiterung-Fortens-
Verbreiterung des Bahndammes von 16 410 M. lehnt die
Finanzkommission ab. Intendantur ist es, zu erfahren, dass die
Kosten der Bauleitung 81 000 M. betragen. (Das ist 3 Pro-
zent der ganzen Summe.) Die Art und Weise, wie der Militär-
Dienst vorgehe, berichte er getreu. Die Stadt solle keine
weiteren Kosten, aber nichts mitzubringen gehabt. Wenn
vielleicht einmal ein Anleiheprogramm nach obige herkommen
(Kursi: Tausend), so könne man es wieder so machen.
Mit den Angekl. möge man sich nicht einverstanden erklären;
lieber möge sich die Stadt verlassen lassen. Die Freilegungs-
arbeiten möge das Kollegium ebenfalls ablehnen, weil die Stadt
bei Freilegung der letzten Strecke ein schlechtes Geschäft er-
gebe. Er habe keine Zeit gegen das ganze Projekt gestimmt. Wenn
der Staat Klaffen braucht, so möge er sich aus eignen Mitteln
welche bauen lassen.

Bürgermeister von Solty erklärt sich mit den Vorschlägen der
Finanzkommission einverstanden, die Nachbeschaffung des
nachdem nicht so groß wie er dachte. Es hätte damals
eine detaillierter Kostenschätzung vorgelegen, als die Kasserne
auf städtische Kosten erbaut wurde.

Stadtk. Thiele findet es begrifflich, dass der frühere Opti-
mismus für das Klaffen in den Schindeln begriffen ist. Die
von Fiskus gesalbte fünfprozentige Verzinsung der aufgewen-
deten Baubühne ist nur identisch mit der Verzinsung, welche
gibt, dass die drei Millionen Mark, welche die Stadt für die
Klaffenentwässerung ausgegeben hat, aus Anleihenmitteln kommen
und dass sie der Stadt bis zur erfolgten Amortisierung volle
sechs Millionen Mark kosten. Dabei dauert die Amortisierung
44 Jahre, während der Betrag mit dem Fiskus nur auf
30 Jahre abgeschlossen ist und keinen Charakter hat. Das
30 Jahre der Staat gleich hohe Verzinsung bewahrt. Beim
Exerzierplatz zahlt die Stadt nachweislich jedes Jahr 8000 M.
daran, denn sie bekommt nur 10 000 M., hat jedoch 18 000 M.
Aufwendungen. In 30 Jahren macht das allein 540 000 M.
aus. Wenn schließlich schneidet die Stadt mit der Disziplin-
Veranlassung ab. Wenn die Angekl. v. Sch. den Anleihe-
zinsen, die Zeit frei, unendlich zu prüfen, welcher Geschäft die
Stadt mit den Klaffenarbeiten macht. So viel sei aber heute
noch sicher, dass wir keinen Anlass haben, uns als Spass im
Geld zu fühlen.
Die Veranlassung stimmte schließendlich den Vorschlägen der
Finanzkommission zu.
Darauf geschlossene Sitzung.

Lokales und Provinziales.

Aus dem Stadtvorstandesausschuss.
Die Ferienmitteilung drückt bereits den Sitzungen der Stadt-
verordneten ihren Stempel auf. Die Zahl der auf der Stelle-
karte stehenden Beratungsgegenstände ist gering, und ihrem In-
halte nach gehen letztere zu längeren Diskussionen keinen An-
lass. So wurden gestern von den fünf Punkten der Tages-
ordnung für die öffentliche Sitzung drei ohne jede Debatte er-
ledigt, und auch bei den beiden anderen bedrängte sich die De-
batte auf kurze Fragen, Bemerkungen oder Erklärungen. —
Der Antrag des Ausschusses des Baubaus des neuen Fortens-
schulden eine Mitteilung über den Betrieb der Fortens für die
leistungsfähigsten Arbeiter, ohne dass eine vollständige Rechnung
vorhanden gewesen wäre, entspricht der länderlich sittlichen Art,
in welcher manche Landgemeinden ihre Rechnungswesen führen.
Auf Formell kann da nicht viel gegeben, und die Sache
wird schon stimmen. — Das ein Auslaufhändler auf dem Sand-
anger aufgestellt werden soll, konnte gleichfalls die Gemüter
nicht erregen, und das für die Liebenauer Schule eine Nach-
forderung von 6380 M. verlangt wurde, gehört zu den täglichen
Vorkommen. Wenn es Verleihen gegen die zwar unge-
schriebene, aber hier wie auswärts streng eingehaltene Bau-
ordnung. Nur der letzte Punkt, die Bewilligung von 235 110
Mark an Nachforderungen für den Klaffenbau, wäre geeignet
gewesen, sich in weitere Erörterungen einzulassen, aber die
Schuldbauschulden noch nicht vorliegende, ein kleiner Bild über
das, was die Stadt geleistet hat und dafür vom Militär-fiskus
zurückzuerhalten, sich noch nicht entschwerfen soll, so musste diese Er-
örterung bis auf einen späteren Termin verschoben werden.
Bestimmlich genug lang das, was Stadtk. Schmidt als
Element der Finanzkommission über den ganzen Klaffenhandel
sagte; der Fiskus, so sagte Herr Schmidt, bestimmte, was ge-
baut werden solle, und die Stadt müsse zahlen; 81 000 M. be-

trage die Firma Knosch u. Kallmeyer für die Höhe Zahlung
des Baus. Stadtk. Thiele rednete überdrüssig aus, dass
die Kleinfabrik keine Verzinsung, bei weitem noch nicht die eigenen
Kosten deckt, dass aber namentlich der Preis von 2 M. pro
Quadratmeter nur einen Gewinn von vier bis fünf Cent beträgt,
da die Kleinfabrik selbst die 15 225 Quadratmeter, die sie i. H. vom
Fiskus, v. Weid geleistet und zu den Klaffenentwässerungen gegen das
mit 8 M. pro Quadratmeter bezahlen musste. Da nun der Militär-fiskus
nur vier Prozent auf den Einheitspreis von 2 M. pro Quadrat-
meter gewährt, verlieren für jährlich viele Tausende von Mark,
die sich in den dreißig Jahren der Wachtbäume zu Hundert-
tausenden anhäufen. Wenn die Schuldbauschulden vorzöge,
werde die Zeit genommen sein, den rechtlichen Effekt des
Klaffenbaues zu prüfen. Die Vorlage wurde mit den bei be-
dränglichen Einrichtungen, die von der Finanzkommission
vorgeschlagen worden, genehmigt, und damit hatte die öffentliche
Sitzung nach knapp einjähriger Dauer ihr Ende erreicht.

Auch die geistliche Sitzung nahm nur zehn Minuten in
Anspruch. Genehmigt wurde die Anstellung von vier Militär-
auswärtigen als Bureau-Affistenten. Es sind dies die Herren
Hilff, Kersch, Klauen und Mackenroth. Die Stadt ist auf
Grund der bekannten Verordnung gesungen, einen gewissen
Personenfortschritt ihrer Beamten aus den Reihen derer zu nehmen,
die sich den Militärverordnungen nach 12 jährigen Militärdienst
erworben haben. — Ein Votum von 500 Mark wurde von
den Erben des verstorbenen Fräulein Martha Schulz-Wildner
angenommen, wofür die Stadt die Miete zweier Doppellogis
auf 30 Jahre übernimmt.

Die Schulartzfrage.

die in Halle noch nicht über das Anfangsstadium hinaus-
gekommen ist, hat u. a. auch den 3. Kongress für Schulge-
heilspflege beschickt. Dabei ließ sich allerdings erkennen, dass
sich sämtliche Großstädte in der Größe Halle für die An-
stellung von Schulärzten mehr gethan haben, als unter
Univertsitäts- und Schulstadt. Der Referent gab bekannt, dass
in 16 von 37 Großstädten besondere Schulärzte angestellt sind.
Und zwar hat man diese vortreffliche Einrichtung getroffen
in Wachen, Breslau, Charlottenburg, Chemnitz, Dessau, Zett-
mund, Dresden, Eisen, Frankfurt, Köln, Krefeld, Leipzig,
München, Nürnberg, Posen und Schöneberg. Leider fehlt die
freiständige Stadtverwaltung auch hier wieder nach. Erst
in einigen Schulen sind Schulärzte probeweise angestellt. In
Düsseldorf, Elberfeld, Stuttgart und Stuttgart ist ihre Ein-
sitzung teils schon beschlossen, teils in der Durchführung
begreifen.

Ueber die Schulhygiene ließ sich der Referent dahin
aus, dass nach seinen Berechnungen in 16 Großstädten die
Schulzimmer täglich gereinigt werden, in 15 nur zwei- oder
dreimal wöchentlich. Fast in allen Städten werden in den
neu erbauten Schulen zugleich Brausebäder eingerichtet; in
einigen von ihnen hängt man an, solche auch in allen Gebäuden
eingerichtet. In mehreren Städten, wie in Waggburg, Frankfurt
etc. wird unentgeltlicher Schwimmunterricht erteilt; in einer
Stadt ist sogar mit dem Bau eines eignen Schulbades be-
gonnen worden. In verschiedenen Städten u. a. auch in
Halle, wird die städtische Kosten einen gewissen Betrag für eine
Speisung der Kinder bezw. Verabreichung von warmem Früh-
stück aus.

Das auf diesem Gebiete noch viel geschehen muß, um nur
den notwendigen Ansprüchen zu genügen, lehren die vorstehend
gegebenen Zahlen recht deutlich.

Wichtig für Turner!

Der Arbeiter-Turnverein Jahn in Kiel hielt am 9. Okt.
1901 eine Veranlassung ab, zu der auch die benachbarten Ar-
beiter-Turnvereine eingeladen worden waren, um gemeinsam
mit diesen darüber zu beraten, ob nicht und wo man stellen
in der Arbeiter-Turnvereine an der Kieler Spitze durch einen
näheren Zusammenschluss einen größeren Einfluss gegenüber der
„Deutschen Turnerföderation“ gewinnen könnten. Redakteur Alder
aus Kiel hielt das Referat. Natürlich hatte man die Veranlassung
nicht bei der Polizei angemeldet, da man unmöglich das
Vorliegen der Anmeldepflicht gemäß des § 1 preussischen Vereins-
gesetzes annehmen konnte, inwieweit die Verbrüderungsbücherei
von Turnvereinen eine öffentlichen Angelegenheiten sind.
Polizei und Staatsanwaltschaft dachten aber anders. Der Vor-
sitzende Groß erhielt eine Anlage wegen Verletzung des § 1
des Vereinsgesetzes, weil die Veranlassung eine Erweiterung
öffentlicher Angelegenheiten bezweckt habe und deshalb der
Polizeibehörde hätte angemeldet werden müssen. Der An-
geklagte wurde jedoch in zweiter Instanz vom Landgericht Kiel
freigesprochen, worauf die Staatsanwaltschaft mit
folgender, unvernünftiger eigenartiger Begründung Revision ein-
legte:

Es händen sich hier zwei Verbände von Turnvereinen gegen-
über, die Deutsche Turnerföderation und der Arbeiter-Turn-
vereine. Der Arbeiter-Turnvereine schließe sich der Turnvereine
an, letztere nehme sie auf. Daraus geht hervor, dass die
Mitglieder der Arbeiter-Turnvereine in Wahrheit Sozial-
demokraten seien, und weiter sei zu folgern, dass diese Ver-
eine nicht mehr bloße Turnvereine seien, sondern auch politische
Zwecke verfolgen. Andererseits umfasse die Deutsche Turn-
föderation das patriotische, staatsbehaltende Element. Wenn nun
die mehr oder minder der Sozialdemokratie verfallenen Arbeiter-
Turnvereine in einer Veranlassung Stellung nähmen gegen die
Konferenz der anders geimmten Deutschen Turnerföderation,
dann habe dieser Kampf ein öffentliches Interesse, sei eine
öffentliche Angelegenheit, und diese habe in jener Veranlassung
erwört werden sollen. So die Staatsanwaltschaft in Kiel und
der Ober-Staatsanwalt am Kammergericht. Außerdem
verweirte die Staatsanwaltschaft noch auf Betrugsanzeige, aus
dem die Angekl. die Arbeiter-Turnvereine die Turnvereine
den Klaffenarbeiten nachgehen lassen wollten. Das
Kammergericht bemerkte die Revision mit folgender Be-
gründung:
Der Angeklagte sei mit Recht freigesprochen worden. Das
Turnen an sich werde dadurch noch nicht zu einer öffentlichen
Angelegenheit, das es nicht ungewöhnlich oder sonstigen öffentlichen
Leben dem Augen der Allgemeinheit dienen solle. Allerdings
unterlege ein Turnverein nach den Bestimmungen des Vereins-
gesetzes, wenn er neben dem Turnen, und vielleicht unter dem
Deckmantel des Turnens, zugleich bestimmte politische Anschau-
ungen vertreten und bestimmte öffentliche Zwecke verfolgen wolle.
Aber selbst eine Veranlassung eines solchen einer Einwirkung
auf öffentliche Angelegenheiten bezweckenden Vereins brauche nur
dann angemeldet werden, wenn in dieser Veranlassung selber
öffentliche (soziale und politische) Angelegenheiten erörtert werden
sollten. Das Kammergericht könne man, im Gegensatz zum
Ober-Staatsanwalt und in Uebereinstimmung mit dem Landgericht,
einen solchen Bunde der Veranlassung vom 9. Oktober 1901
nicht annehmen. Ohne Rechtsgrund habe das Landgericht
Kiel festgestellt, dass die oben angelegene Tagesordnung der
Veranlassung lediglich Vereinsangelegenheiten betroffen habe
und daß in der Beisprechung der Frage, wie die Arbeiter-Turn-

